

# ZeS report

Zentrum für Sozialpolitik  
Barkhof  
Parkallee 39  
28209 Bremen  
Telefon: 0421/218-4362  
eMail: srose@zes.uni-bremen.de  
www.zes.uni-bremen.de

## Inhalt

### Editorial

#### **Schwerpunkt: Forschungsnetzwerke** 3

Sonderforschungsbereich „Staatlichkeit im Wandel“ (Sfb 597) 3

Graduate School of Social Sciences (GSSS) 6

Zentrum für Public Health (ZPH) 7

Brückenprogramm Wissenschaft und Praxis zur Zukunftsfrage der Transformation des Sozialstaates 11

Sozialwissenschaftliches Forschungsnetzwerk „Politik und Wohlfahrt in der Internationalisierung“ 11

### **Berichte** 12

Grundsatzfragen der Sozialstaatsentwicklung.  
Forschungsprogramm der Abteilung „Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates“ 12

Neue Projekte 13

Tagungen 14

Reform der Alterssicherung in Deutschland – Erste Erfahrungen mit Neuregelungen zur privaten und betrieblichen Alterssicherung 14

Wandel im Dienstleistungssektor – Flexibilisierung der Geschlechterverhältnisse 15

Gesundheitspolitik und Alterssicherung – Gleiche Herausforderungen – gleiche Lösungen? 17

### **Personalia** 18

Neue Mitarbeiter/innen • Wechsel • Gäste • Ehrung 18

### **Aus dem Vorstand** 18

Frauenförderplan verabschiedet 18

### **Ankündigungen** 19

Tagungen 19

Gesundheitspolitisches Kolloquium 21

### **Veröffentlichungen** 22

ZeS-Arbeitspapiere 22

Neuerscheinungen 23

### **Jour-fixe-Reihe** 24

## Editorial

Kooperationen mit anderen sozialwissenschaftlichen Forschungsbereichen der Universität gehören seit Gründung des Zentrums für Sozialpolitik zu den selbstverständlichen Arbeitsformen. Dies gilt im besonderem Maße für die langjährige Zusammenarbeit mit dem Sonderforschungsbereich „Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf“ (Sfb 186), der kurz vor Gründung des ZeS mit der Arbeit begonnen hatte und der nach zwölfjähriger Förderung durch die DFG Ende 2001 erfolgreich abgeschlossen wurde.

Diese Praxis des Zentrums für Sozialpolitik, seine Arbeit in Institute und Institutionen der Universität einzubringen, die in thematisch verwandten Feldern arbeiten, hat sich im Laufe der Jahre fest etabliert und zu weiteren auch institutionellen Forschungsnetzwerken in der Universität sowie mit anderen wissenschaftlichen Institutionen in Bremen entwickelt:

- Im November 2002 hat die DFG den neuen *Sonderforschungsbereich „Staatlichkeit im Wandel“* (Sfb 597) bewilligt, an dem das ZeS mit drei Projekten und einem weiteren assoziierten Projekt beteiligt ist. Träger des Sonderforschungsbereichs sind neben der Universität auch die International University Bremen (IUB) und die Hochschule Bremen. Der Sfb hat seine Arbeit Anfang 2003 aufgenommen. Die Universität Bremen beherbergt damit dem ersten und einzigen politikwissenschaftlichen Sfb in Deutschland.

- Zum Wintersemester 2002/03 hat eine sozialwissenschaftliche Graduiertenfakultät ihre Arbeit aufgenommen – die *Graduate School of Social Sciences (GSSS)*, die mit einer Anschubfinanzierung durch die VolkswagenStiftung gefördert wird. Die GSSS bietet eine bislang einmalige Gelegenheit einer thematisch konzentrierten, modellhaft organisierten und intensiv betreuten Doktorandenförderung in einem Forschungsverbund. Träger der GSSS sind neben dem Zentrum für Sozialpolitik das Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS) und das Institut für Empirische und Angewandte Soziologie (EMPAS), beides politik- bzw. sozialwissenschaftliche Forschungsinstitute im Fachbereich

Sozialwissenschaften der Universität Bremen.

- Die Zusammenarbeit mit den Gesundheitswissenschaften im Fachbereich Human- und Gesundheitswissenschaften der Universität hat im Zentrum für Sozialpolitik ebenfalls eine lange Tradition. So waren Mitglieder des Zentrums für Sozialpolitik maßgeblich an dem Aufbau den *Zentrums für Public Health* beteiligt, das im November 2002 eine außerordentlich positive Begutachtung durch seinen Beirat erfahren hat.
- Eine Kooperation anderer Art, nämlich in Verbindung von Wissenschaft und sozialpolitischer Praxis, bietet das *Brückenprogramm „Wissenschaft und Praxis zur Zukunftsfrage der Transformation des Sozialstaats“*, in dem ein Austausch von Wissenschaftlern und Praktikern in sozialpolitischen Arbeitsfeldern organisiert wird. Voraussichtlich noch im Frühjahr 2003 werden erste Stipendiaten, deren Finanzierung durch die VolkswagenStiftung erfolgt, mit der Umsetzung dieses Programmes beginnen. Eine Internationalisierung des Programmes ist in Planung.
- Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Forschungsnetzwerken des EMPAS, der GSSS, des InIIS, des Sfb und des ZeS hat sich darüber hinaus eine übergreifende Initiative konstituiert. Ziel dieses *Forschungsnetzwerkes „Politik und Wohlfahrt in der Internationalisierung“* ist es, auch die informationstechnische Grundlage der Arbeit abzusichern.

In den anschließenden *Berichten über Tagungen* zeigt sich ebenfalls, dass die Arbeit des Zentrums für Sozialpolitik in so gut wie allen Themenfeldern in weitere

Forschungsnetzwerke eingebunden ist. So berichten Ellen Kuhlmann und Sigrid Betzelt über die Tagung „Wandel im Dienstleistungssektor – Flexibilisierung der Geschlechterverhältnisse“, die im Rahmen einer Initiative für ein multidisziplinäres Netzwerk von Wissenschaftlerinnen aus unterschiedlichen Disziplinen getragen wird, die aus der Geschlechterperspektive zu den Veränderungen im Dienstleistungssektor arbeiten.

Der Bericht von Holger Viebrok zum 9. Universitätsseminar über „Reformen in der Alterssicherung“ weist auch auf die Praxisorientierung des Zentrums für Sozialpolitik hin. Dies gilt auch für das Sozialpolitische Kolloquium der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin (BFA), das 2002 zum Thema „Gesundheitspolitik und Alterssicherung“ durchgeführt wurde und über das Winfried Schmähl berichtet.

Ergänzt werden die Berichte durch weitere Hinweise auch zu innerinstitutionellen Entwicklungen, z. B. über die Gründung eines Arbeitskreises „Geschlechterpolitik und Genderforschung“ im ZeS wie auch über die Verabschiedung eines neuen Frauenförderplans.

Wie immer wird über *Personalia*, neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Gastwissenschaftler und Gastwissenschaftlerinnen u. a. berichtet. Selbstverständlich fehlen auch nicht Hinweise auf *Veröffentlichungen* und *Neuerscheinungen* sowie *Ankündigungen* auf Veranstaltungen, die in nächster Zeit vom Zentrum für Sozialpolitik oder unter maßgeblicher Beteiligung von Mitgliedern des ZeS durchgeführt werden.

*Gisela Hegemann-Mahltig, Stephan Leibfried*

## IMPRESSUM

*Herausgeber:* Zentrum für Sozialpolitik  
Universität Bremen  
Barkhof, Parkallee 39  
28209 Bremen

*Redaktion:* Dipl.-Soz. Gisela Hegemann-Mahltig

*Gestaltung:* Sonja Rose

*Sekretariat:* Sonja Rose  
Tel.: 0421/218-4362  
Fax: 0421/218-7540  
eMail: srose@zes.uni-bremen.de

*Auflage:* 700

*erscheint zweimal jährlich*

*ISSN-Nr.* 1619-8115

## Sonderforschungsbereich „Staatlichkeit im Wandel“ (Sfb 597)\*

Der Sfb „Staatlichkeit im Wandel“ wurde im November 2002 von der DFG bewilligt. Mit diesem Sfb gibt es in Bremen den ersten und einzigen politikwissenschaftlichen Sfb in Deutschland. Neben der Universität Bremen sind auch die International University Bremen (IUB) mit zwei Projekten und die Hochschule Bremen mit einem Projekt im Sonderforschungsbereich beteiligt.

Der Sfb „Staatlichkeit im Wandel“ richtet sein Augenmerk auf den modernen Nationalstaat westlicher Prägung, der einem grundlegenden Transformationsprozess zu unterliegen scheint. Obgleich ein solcher Wandel epochale Konsequenzen haben könnte, ist er bislang weder zureichend beschrieben noch in seinen Ursachen und Wirkungen hinreichend erforscht worden. Alle Projekte des Sfb durchzieht deshalb die Frage, ob moderne Staatlichkeit, wie sie sich in den Kernländern der OECD-Welt in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts herausgebildet hat, einem allgemein beobachtbaren, vielleicht sogar uniformen, Veränderungstrend unterliegt.

Der Sfb ist interdisziplinär ausgerichtet, im Kern politikwissenschaftlich orientiert und kombiniert mit rechtswissenschaftlichen, soziologischen und wirtschaftswissenschaftlichen Ansätzen. Die Projektbereiche des Sfb orientieren sich an vier Dimensionen, der Ressourcen-, der Rechts-, der Legitimations- und der Interventionsdimension, deren Zusammenspiel das Verständnis moderner Staatlichkeit beleuchtet.

In jeder der vier Dimensionen von Staatlichkeit soll betrachtet werden, ob sich seit den 1970er Jahren in räumlicher Perspektive eine Veränderung der Staatlichkeit weg von der nationalen Ebene beobachten lässt (Achse: regional-subnational-international) und ob sich in organisatorischer Perspektive eine Veränderung von Staatlichkeit weg von eingespielten Mustern des Verhältnisses von staatlicher und gesellschaftlicher Ebene ergibt (Achse: privat-staatlich). So lässt sich klären, ob und wie Staatlichkeit über die betrachteten Dimensionen hinweg neu konfiguriert werden, ob sich tatsächlich eine postnationale Konstellation abzeichnet und wie diese beschaffen sein wird.

\* Der folgende Text stützt sich in wesentlichen Teilen auf den Antrag zur Einrichtung des Sfb: Universität Bremen, *Sonderforschungsbereich 1953 „Staatlichkeit im Wandel“*, Bd. 1 „Allgemeine Angaben und Projektbereiche A und B“; Bd. 2 „Projektbereich C und D sowie Teilprojekt Z“. Antrag auf Einrichtung eines Sonderforschungsbereich 1953 und Finanzierung für die Jahre 2003 -2004 -2005 - 2006. Bremen: Universität Bremen (komplett dokumentiert unter <http://www.sfb597.uni-bremen.de>).

Der Sfb ist in vier Projektbereiche gegliedert:

### *Projektbereich A: Die Zukunft des souveränen Rechtsstaates (Rechtsdimension)*

Dieser Projektbereich bearbeitet folgende Fragestellungen: Erfolgt die Bereitstellung von Rechtssicherheit und Gleichheit vor dem Gesetz sowie die konstitutionelle Bindung von Herrschaft an das Recht nach wie vor über die spezifische Kombination von Rechtsstaatlichkeit nach innen sowie Souveränität und staatsgebundenes Völkerrecht nach außen oder zeichnet sich ein Wandel ab, der als Denationalisierung oder Entstaatlichung in der Rechtsdimension bezeichnet werden kann? Wird die Sphäre des staatlich gestützten Rechts in den gesellschaftlichen Beziehungen zugunsten der Selbstregulierung zurückgedrängt? Werden rechtsetzende, -sprechende und durchsetzende Instanzen von der nationalstaatlichen auf die internationale, supranationale oder gar transnationale Ebene verlagert? Welche Ursachen und welche Wirkungen haben diese Entwicklungen?

### *Projektbereich B: Die Zukunft des demokratischen Nationalstaates (Legitimationsdimension)*

Dieser Projektbereich konzentriert sich auf Themen, die eine große Rolle in eher theoretischen oder zeitdiagnostischen Beiträgen spielen, die jedoch bisher empirisch kaum untersucht sind. Fragen: Lassen sich auf der nationalstaatlichen Ebene tatsächlich Prozesse der Entleerung von Demokratie beobachten? Untergräbt die Entstehung transnationaler sozialer Räume tatsächlich die demokratische Legitimation des Nationalstaates? Ob und in wie weit sind soziostrukturelle und infrastrukturelle Voraussetzungen für transnationale und internationale Demokratie entstanden? Beinhalten neuere Formen der Gestaltung internationaler Institutionen neue Chancen für Demokratisierungsprozesse?

### *Projektbereich C: Die Zukunft des Interventionsstaates (Wohlfahrtsdimension)*

Dieser Projektbereich geht der Frage nach, ob die staatlichen Regelungen zur Wohlstandsmehrung systematisch verlagert werden: Werden sie insbesondere durch Deregulierung bzw. Privatisierung zurückgedrängt und/oder lässt sich etwa durch Internationalisierungsprozesse eine Re-Regulierung beobachten? Es geht also vorrangig darum, wie sich die klassische Nachkriegskonstellation des Interventionsstaates der 1950er und 1960er Jahre im Weiteren entwickelt hat: Welche Strukturveränderungen des Interventionsstaates kennzeichnen die Folgejahrzehnte? Wie durchschlagend und nachhaltig sind diese Veränderungen? Wie verschieben sich auch hier die Zuständigkeiten bzw. faktischen Konstellationsherrschaften im Verhältnis international/subnational einerseits und im Verhältnis von Staat und Gesellschaft andererseits?

### *Projektbereich D: Die Zukunft des modernen Territorialstaates (Ressourcendimension)*

Dieser Projektbereich fragt nach institutionellen Ver-

schiebungen nationalstaatlicher Ressourcenhoheit, u. a. nach besonderen, die staatlichen Basis-Ressourcen betreffenden Regeln. Die Projekte gehen den ersten, meist noch relativ schwachen Spuren eines Wandels in der Ressourcendimension nach und fragen verstärkt nach

dessen Ursachen bzw. nach den Ursachen für Nicht-Wandel, so dass gegenwärtige und etwaige zukünftige Entwicklungen in der Ressourcendimension aufgespürt werden könnten.

### Projektübersicht des Sonderforschungsbereichs „Staatlichkeit im Wandel“ (Sfb 597)

#### A: Die Zukunft des souveränen Rechtsstaates

A1: Sozialregulierung und Welthandel

PD Dr. Josef Falke/Zentrum für Europäische Rechtspolitik (ZERP), Prof. Dr. Christian Joerges/Europäisches Hochschulinstitut Florenz (EUI)

A2: Die Juridifizierung der Streitbeilegung bei der internationalen Regelanwendung

Prof. Dr. Michael Zürn, Dr. Bernhard Zangl/Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS)

A3: „Transnational Governance“ und internationales Recht

Prof. Dr. Gerd Winter/FB Rechtswissenschaft

A4: Neue Formen von Rechtssicherheit in globalisierten Austauschprozessen

Prof. Dr. Volkmar Gessner/FB Rechtswissenschaft

#### B: Die Zukunft des demokratischen Nationalstaates

B1: Wandel demokratischer Legitimation durch Internationalisierung und Deparlamentarisierung

Prof. Dr. Frank Nullmeier/Zentrum für Sozialpolitik (ZeS), PD Dr. Roland Lhotta/Institut für Politikwissenschaft

B2: Transnationale soziale Räume und demokratische Legitimität

Prof. Dr. Thomas Faist/Hochschule Bremen

B3: Die Transnationalisierung von Öffentlichkeit und ihre Bedeutung für politische Ordnungen am Beispiel der EU

Prof. Dr. Bernhard Peters/Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS)

B4: Regulation und Legitimation im Internet

Prof. Dr. Michael Zürn/Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS)

B5: Partizipation und Legitimation in Internationalen Organisationen

Prof. Dr. Patrizia Nanz/Graduate School of Social Sciences (GSSS)

#### C: Die Zukunft des Interventionsstaates

C1: Sozialpolitik in kleinen offenen Volkswirtschaften

Prof. Dr. Stephan Leibfried, Dr. Herbert Obinger/Zentrum für Sozialpolitik (ZeS)

C3: Wandel der Staatlichkeit im Gesundheitswesen von OECD-Ländern

Dr. Heinz Rothgang, Prof. Dr. Winfried Schmähl, Prof. Dr. Rainer Müller/Zentrum für Sozialpolitik (ZeS)

C4: Internationalisierung von Bildungspolitik

Prof. Dr. Ansgar Weymann, Dr. Reinhold Sackmann/Institut für Empirische und Angewandte Soziologie (EMPAS)

#### D: Die Zukunft des modernen Territorialstaates

D1: Der Steuerstaat und die internationale Steuerpolitik

Prof. Dr. Philipp Genschel/International University Bremen (IUB)

D2: Internationalisierung des Gewaltmonopols

Prof. Dr. Markus Jachtenfuchs/International University Bremen (IUB)

D3: Prävention und Intervention. Der Wandel von Staatlichkeit am Beispiel internationaler Sicherheitspolitik

Prof. Dr. Dieter Senghaas/Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS), Dr. Ulrich Schneckener/Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

#### X: Assoziierte Projekte

X1: Aktivierende Arbeitsmarktpolitik im Ländervergleich

Dr. Irene Dingeldey, Prof. Dr. Karin Gottschall/Zentrum für Sozialpolitik (ZeS)

X2: Weltweite Rechnungslegungsstandards: Ein Beispiel von effektiver global governance? Der Fall Deutschlands

Prof. Dr. Jochen Zimmermann/FB Wirtschaftswissenschaften

#### Z: Geschäftsführung des Sonderforschungsbereichs

Sprecher: Prof. Dr. Michael Zürn, Telefon: 0421/218-2098

eMail: mizuern@uni-bremen.de

Geschäftsführer: Dr. Dieter Wolf, Telefon: 0421/218-8723

eMail: diwolf@uni-bremen.de

Verwaltung: Maritta Zimmer, Telefon: 0421/218-2098/-7591

eMail: mazimmer@uni-bremen.de

web-site: <http://www.sfb597.uni-bremen.de>

In dieser Übersicht sind derzeit nur die Projektleiter/innen aufgeführt. Die Besetzung der Projektstellen ist noch nicht abgeschlossen. Ein Überblick über die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ist über die web-site möglich.

Mitglieder des Zentrums für Sozialpolitik arbeiten in den Projektbereichen „Die Zukunft des demokratischen Nationalstaates“ (B) und „Die Zukunft des Interventionsstaates“ (C). Die *Projekte* werden im Folgenden kurz vorgestellt:

#### **Projekt B1: Wandel demokratischer Legitimation durch Internationalisierung und Deparlamentarisierung**

Prof. Dr. Frank Nullmeier, Prof. Dr. Roland Lhotta

Internationalisierung und Deparlamentarisierung gelten in Teilen der Öffentlichkeit wie der Wissenschaft als

Auslöser für Änderungen traditioneller Legitimationsformen im demokratischen Rechts- und Interventionsstaat und für die damit verbundenen Legitimationsprobleme. Im Vergleich von vier Demokratien mit unterschiedlicher demokratischer Legitimationstradition (Großbritannien, USA, Schweiz, Deutschland) wird in diesem Projekt empirisch untersucht, ob es seit 1990 zu einem Wandel politischer Legitimation gekommen ist und ob dies mit solchen Internationalisierungs- und Deparlamentarisierungsprozessen zusammenhängt.

Das Projekt rückt in einer ersten Phase – tradierte An-

sätze der Legitimationsforschung modifizierend – die empirische Untersuchung des öffentlich kommunizierten Legitimationsgeschehens in den Vordergrund. Es erfasst anhand der Untersuchung von öffentlich ausgetragenen Legitimationskonflikten Veränderungen in den Mustern der Anerkennungswürdigkeit der politischen Ordnung, zentraler politischer Institutionen und politischer Einheiten. Nach diesem Forschungskonzept wandelt sich politische Legitimation, wenn sich in der öffentlichen Auseinandersetzung neue Begründungsfiguren und Kriterien der Anerkennungswürdigkeit demokratischer Herrschaft durchsetzen. Bisher fehlt eine empirische Forschungstradition, die das politische Kommunikationsgeschehen ins Zentrum der Legitimationsanalyse rückt. Kombiniert man Expertenworkshops, fortlaufende Medientextanalyse und ausgewählte Fallstudien zu einzelnen Legitimationsauseinandersetzungen, so wird ein Zugang zum Legitimationswandel auf unterschiedlichen Untersuchungsebenen möglich. Im Vergleich zwischen der diskursiven Bezugnahme und den empirisch feststellbaren Graden an Internationalisierung und Deparlamentarisierung werden die kausalen Zusammenhänge zwischen Legitimationswandel und den Übergangsprozessen zur postnationalen Staatlichkeit überprüfbar. In der zweiten und dritten Phase wird die Analyse von Legitimationskrisen, die zur Delegitimation oder autoritären Relegitimation der Demokratie führen können, zu einer Legitimationstheorie postnationaler Staatlichkeit samt einem Modell des Wandels politischer Legitimation im demokratischen Rechts- und Interventionsstaat seit 1990 ausgebaut.

Kontakt: Frank Nullmeier, Telefon: 0421/218-4051  
eMail: frank.nullmeier@zes.uni-bremen.de

### **Projekt C1: Sozialpolitik in kleinen offenen Volkswirtschaften**

Prof. Dr. Stephan Leibfried, Dr. Herbert Obinger

Kann angesichts veränderter ökonomischer Rahmenbedingungen und vielfältiger endogener Herausforderungen ein wohlfahrtsstaatlicher Wandel festgestellt werden? Welche Erscheinungsformen hat dieser und wie ist eine etwaige Transformation der Wohlfahrtsdimension moderner Staatlichkeit zu erklären? Existenz und Erscheinungsformen dieser politischen Prozesse sollen anhand von Veränderungen entlang mehrerer Achsen untersucht werden. Die Hypothese lautet: Richtung und Reichweite des Wandels – sie reicht von keinem bis zu radikalem Wandel – von Sozialstaatlichkeit werden maßgeblich von den nationalen politisch-institutionellen Rahmenbedingungen sowie bestehenden wohlfahrtsstaatlichen Strukturen beeinflusst. Unterschiedliche nationale politisch-institutionelle Arrangements werden als mögliche Ursache für divergierende sozialstaatliche Transformationspfade gesehen.

Dieses Projekt setzt sich daher kritisch mit der Konvergenzthese auseinander, wonach die veränderten Umwelt-

bedingungen wohlfahrtsstaatlicher Politik zu allseits gleichgerichteten Transformationsergebnissen führen. Zur empirischen Überprüfung dieser These werden in der ersten Projektphase zunächst vier kleine offene Volkswirtschaften verglichen, die sich in ihren Staatsstrukturen, im System der Arbeitsbeziehungen und im wohlfahrtsstaatlichen Regime unterscheiden. Gerade offene Volkswirtschaften sollten sich mit einem hohen sozialpolitischen Reformdruck konfrontiert sehen. In insgesamt acht – gleichmäßig auf zwei Phasen verteilten – qualitativen Fallstudien werden die nationalen sozialstaatlichen Entwicklungspfade für den Zeitraum zwischen 1960 und ca. 2010 zu analysieren sein. Hinzu käme in der dritten Phase eine ökonometrische Studie der Bestimmungsfaktoren der Sozialleistungsquote in 23 OECD-Demokratien. Zeigt sich – entgegen der Hypothese – angesichts vielfältiger Herausforderungen ein in seinen Ergebnissen konvergenter Wandel von Wohlfahrtsstaatlichkeit über alle Länder hinweg, so deutet dies auf eine fundamentale Veränderung in einer Kerndimension moderner Staatlichkeit hin.

Kontakt: Stephan Leibfried, Telefon: 0421/218-4372  
eMail: stlf@zes.uni-bremen.de  
Herbert Obinger, Telefon: 0421/218-4369  
eMail: hobinger@zes.uni-bremen.de

### **Projekt C3: Wandel der Staatlichkeit im Gesundheitswesen von OECD-Ländern**

Dr. Heinz Rothgang, Prof. Dr. Winfried Schmähl, Prof. Dr. Rainer Müller

Ausgelöst durch die Wirtschaftsrezession setzten Mitte der 1970er Jahre in den demokratischen Rechts- und Interventionsstaaten Kostendämpfungsmaßnahmen im Gesundheitswesen ein. Seither – so die zu untersuchende Hypothese – ist in den Gesundheitssystemen der OECD-Staaten eine Konvergenzbewegung zu erkennen, die ausgehend von den Idealtypen Privatversicherung, Sozialversicherung und staatliches Gesundheitssystem in Richtung auf Mischsysteme führt. So haben im marktwirtschaftlichen amerikanischen Gesundheitssystem mit dem managed care Elemente der hierarchischen Steuerung Einzug gehalten. Umgekehrt wurde die vertikale Integration des im Kern hierarchischen englischen Nationalen Gesundheitsdienstes 1991 aufgebrochen und durch Quasimarkt-Strukturen teilweise ersetzt, während in Deutschland korporatistische Strukturen im Gesundheitswesen zunehmend mit Wettbewerbselementen angereichert werden.

In der ersten Phase des geplanten Projektes wird dieser wohlfahrtsstaatliche Wandel von Gesundheitssystemen in OECD-Staaten, der zu erheblichen Veränderungen in der Interventionsdimension der Staatlichkeit führt, für den Zeitraum ab 1970 beschrieben. Das erfolgt anhand von Makroindikatoren für alle OECD-Staaten und wird qualitativ und quantitativ in drei Fallstudien für Deutschland, England und die USA vertieft, die für die Idealtypen So-

zialversicherung, nationaler Gesundheitsdienst und Privatversicherung stehen. In den Fallstudien wird dabei der Reformprozess im Einzelnen nachgezeichnet. Aufbauend auf der Deskription der Reformprozesse wird in einer zweiten Phase nach den Ursachen des Wandels sowie möglichen Varianzen in der Entwicklung gefragt. Als erklärende Variablen werden insbesondere Effizienzüberlegungen, die vermittelt durch Ländervergleiche Einfluss auf die Gestaltung der Gesundheitssysteme genommen haben, externe Herausforderungen, die sich aus dem demographischen Wandel und dem medizinisch-technischen Fortschritt ergeben, sowie die – je nach Kontext unterschiedliche – Bedeutung der Europäisierung betrachtet, deren Einfluß durch die länderspezifischen institutionellen Gegebenheiten (intervenierende Variablen) gebrochen wird. In einer dritten Phase werden die Effekte des Wandels der Staatlichkeit im Gesundheitswesen im Hinblick auf dessen Performanz (Niveau der gesundheitlichen Versorgung und Verteilungswirkungen des Systems) und in Bezug auf die Rückwirkungen etwaiger Veränderungen der wohlfahrtsstaatlichen Funktionserfüllung auf die Legitimation von Staatlichkeit untersucht.

Heinz Rothgang, Telefon: 0421/218-4132  
eMail: rothgang@zes.uni-bremen.de

***Projekt XI: Neue Governanceformen in der Arbeitsmarktpolitik? Eine vergleichende Studie zur Koordination von Arbeitsmarkt- und Familienpolitik in Deutschland, England und Dänemark***

Dr. Irene Dingeldey, Prof. Dr. Karin Gottschall

Seit den 1990er Jahren wird auf der Ebene der EU sowie in den Mitgliedsländern in der Arbeitsmarktpolitik die Förderung von „Beschäftigungsfähigkeit“ möglichst aller Gesellschaftsmitglieder als Politikziel verfolgt. Die unter dem Label „aktivierende“ Arbeitsmarktpolitik realisierten Reformen lassen einen Wandel vom „fürsorgenden zum kooperativen Sozialstaat“ vermuten. Untersucht werden soll, ob die gleichgerichtete Veränderung bei den Zielsetzungen mit einer länderübergreifenden Konvergenz bei der Veränderung von Steuerungsformen einher-

geht; was die Ursachen für die möglichen Unterschiede nationaler Steuerungsfähigkeit sind und ob letztlich ähnliche soziale Folgen mit den Reformen verbunden sind. Um die Reichweite der Arbeitsmarktreformen zu erfassen, wird auf eine eher arbeitsmarktferne Gruppe, Mütter mit betreuungsbedürftigen Kindern, fokussiert, zugleich aber auch die Koordination von Arbeitsmarktpolitik mit weiteren einschlägigen Politikfeldern wie der Familienpolitik und ggf. auch der Politik der beruflichen Aus- und Weiterbildung untersucht.

Die zu überprüfenden Thesen lauten, dass die neuen, konvergenten Ziele der Arbeitsmarktpolitik, die man als Zeichen der Internationalisierung begreifen kann, in allen Ländern zu Veränderungen von Steuerungsformen führen. So können „innerhalb“ der Arbeitsmarktpolitik Tendenzen der Dezentralisierung und Privatisierung bislang staatlicher Aufgaben beobachtet werden, die zudem – so wird angenommen – Veränderungen „im Staat“ nach sich ziehen, indem vor allem Formen politikfeldübergreifender Koordination zunehmen. Allerdings dürfte angesichts länderspezifischer (sozial)struktureller und institutioneller Ausgangssituationen sowie unterschiedlicher gender contracts bei der Umsetzung der konvergenten Zielsetzung jedoch letztlich die Divergenz des institutionellen Wandels und der sozialen Folgen in den einzelnen Wohlfahrtsstaaten überwiegen.

Als je verschiedene Typen der Wohlfahrtsstaatlichkeit werden Deutschland, Großbritannien und Dänemark untersucht. Der zeitliche Schwerpunkt liegt auf den Reformen der Arbeitsmarktpolitik seit den 1990er Jahren. Die Untersuchung stützt sich wesentlich auf vergleichende qualitative Querschnittanalysen sowie quantitative Analysen zur Arbeitsmarktstrukturierung, zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sowie zur politikfeldübergreifenden Koordination.

Kontakt: Irene Dingeldey, Telefon: 0421/218-9557  
eMail: i.dingeldey@zes.uni-bremen.de  
Karin Gottschall, Telefon: 0421/218-4403  
eMail: k.gottschall@zes.uni-bremen.de

<http://www.sfb597.uni-bremen.de>

**Graduate School of Social Sciences (GSSS)**

Die Graduate School of Social Sciences (GSSS) ist eine zentrale wissenschaftliche Einrichtung zur Graduiertenförderung in der Universität Bremen. Sie bietet Sozial- und Politikwissenschaftlern und -wissenschaftlerinnen mit einem ersten Abschluss die Möglichkeit, in einem individuell zugeschnittenen Promotionsstudium eine vertiefte modellhafte Ausbildung in quantitativer und qualitativer, interdisziplinär und international ausgerichteter Sozialforschung zu absolvieren.

1,8 Mio Euro konnten von der VolkswagenStiftung für dieses Vorhaben für die Universität Bremen eingeworben

werden. Träger der GSSS sind neben dem Zentrum für Sozialpolitik das Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS) und das Institut für Empirische und angewandte Soziologie (EMPAS), beides sozialwissenschaftliche Forschungsinstitute im Fachbereich Sozialwissenschaften (FB 8) der Universität Bremen.

Die programmatische Ausrichtung der Graduiertenfakultät beruht auf dem Verständnis, dass sich in jüngster Zeit die wichtigsten Beiträge zum Verständnis gesellschaftlicher Entwicklungstrends daraus ergeben, dass tradierte disziplinäre Arbeitsteilungen aufgeweicht wurden.

Das Trennungsdenken zu überwinden verlangt heute ein Forschungsprogramm, in dem „extern“ und „intern“ sowie „Staat“ und „Gesellschaft“ zusammen gedacht werden müssen. Diese programmatische Ausrichtung der GSSS wird anhand der drei folgenden Themenfelder umgesetzt:

- Transnational Relations and Political Theory (Leitung: Prof. Dr. Patrizia Nanz)
- The Modern Welfare State (Leitung: Prof. Dr. Bernhard Kittel)
- The Life Course and Social Change (Leitung: Prof. Dr. Hilke Brockmann)

Diese Themenfelder sind besonders gut geeignet, um die Prozesse der Strukturierung dieser Wechselbeziehungen herauszuarbeiten. Die GSSS kann sich in diesen Feldern auf international anerkannte sozialwissenschaftliche Spitzenforschung an der Universität Bremen stützen.

#### ***Transnational Relations and Political Theory***

Die Wechselbeziehungen zwischen „Innen“ und „Außen“ sowie zwischen „Gesellschaft“ und „Politik“ markieren innerhalb des Themenfeldes „Internationale Beziehungen“ die interessantesten Problemstellungen. Dabei geht es sowohl um die Analyse der Möglichkeiten und Grenzen eines gesellschaftlich getragenen Multilateralismus als auch um die Umwertung nationaler Politik durch solche Prozesse. Dieses Themenfeld baut auf Fragestellungen auf, die vor allem am InIIS verfolgt werden, allerdings auch für das ZeS und in gewissem Umfang für das EMPAS von Wichtigkeit sind.

#### ***The Modern Welfare State***

Seit dem Zweiten Weltkrieg, und insbesondere seit den 1990er Jahren bietet der Wohlfahrtsstaat eine der interessantesten Schnittflächen zwischen „Innen“ und „Außen“. Bestanden zunächst Tendenzen zur Lebensstandardisierung und zur Verallgemeinerung der Sicherung auf alle Bürger, so deutet sich seit den 1970er Jahren wie bei den Lebenslaufstrukturen ein Epochenbruch an, in dem (alte wie neue) interne und externe Herausforderungen zusammen auftreten. Der Sozialstaat befindet sich heute in einem Prozess permanenter Reform, durch den das alte Sozialstaatsmodell fundamental aus dem Gleichgewicht gerät, ohne dass sich schon ein neues abzeichnete. Dieser Prozess dürfte in den umfassend Status sichernden kontinentalen Systemen der Sozialpolitik anders ausfallen als in den angelsächsischen Ländern, in denen die

Sicherheitserwartungen teilweise anders politisch kanalisiert worden sind. Dies sind vorrangig Themen des Zentrums für Sozialpolitik, die allerdings auch in Richtung InIIS (EG, Globalisierung) und EMPAS (Lebenslauf) ausstrahlen.

#### ***The Life Course and Social Change***

Mit den veränderten Wechselbeziehungen zwischen internationaler, europäischer und nationaler Politik wie zwischen externen und internen Herausforderungen des nationalen Wohlfahrtsstaates kommen – vor allem in den staatlich geprägten Gesellschaften Nordeuropas – auch die standardisierten Lebenslaufmuster aus dem Tritt: Viele Bürger erleben eine Auflösung überkommener Integrationsstandards „normale“ Bildung, „normale“ Familie, „normales“ Arbeitsverhältnis, „normaler“ Wohnort, „normale“ Krankenversorgung, „normale“ Rente. Neue Integrationsstandards sind dabei noch nicht greifbar, geschweige denn auf dem Weg der Durchsetzung. Die Schlagworte der Zeit wenden sich daher polemisch gegen alte Muster (Stichworte u. a.: Entstandardisierung, Pluralisierung, Risikogesellschaft, Individualisierung, neuer Generationenkonflikt). Gleichzeitig verlieren postindustrielle Gesellschaften kulturell ihre traditionellen nationalen Konturen und werden in den oberen wie unteren Gesellschaftsschichten europäisch und darüber hinaus weit geöffnet. Dies sind schwerpunktmäßig Fragestellungen des Instituts für Empirische und Angewandete Sozialforschung (EMPAS), die aber auch in Richtung Zentrum für Sozialpolitik (ZeS) und auch des Instituts für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS) ausstrahlen.

Die Graduate School of Social Sciences hat zum Wintersemester 2002/03 ihre Arbeit aufgenommen. Zusammen mit den neuen Professuren – besetzt mit Prof. Dr. Patrizia Nanz, Prof. Dr. Bernhard Kittel und Prof. Dr. Hilke Brockmann – haben zunächst 14 Fellows mit ihren Studien begonnen. Derzeit werden die Fellows für den Studienbeginn im Wintersemester 2003/04 ausgewählt.

Die Leitung der GSSS obliegt Prof. Dr. Walter Heinz (EMPAS) als Sprecher und Prof. Dr. Karin Gottschal (ZeS) als stellvertretende Sprecherin.

Kontakt: Graduate School of Social Sciences Werner Dressel, Telefon: 0421/218-4150 eMail: wdressel@gsss.uni-bremen.de
---

<http://www.gsss.uni-bremen.de>

#### **Zentrum für Public Health (ZPH)\***

Das Zentrum für Sozialpolitik ist eng mit der Geschichte des Zentrums für Public Health verbunden; insbesondere

\* Der folgende Text orientiert sich im Wesentlichen an dem Antrag des Zentrums für Public Health, Fachbereich Human- und Gesundheitswissenschaften (FB 11), zur Förderung der Einrichtung eines Promotionskollegs „Nutzer/innenorientierte Gesundheitssicherung“ an die Hans Böckler Stiftung. Universität Bremen, 2003.

die Abteilung „Gesundheitspolitik, Arbeits- und Sozialmedizin“ war von Anfang an in den Initiativen zur Gründung eines Zentrums für Public Health in der Universität Bremen präsent.

Das Zentrum für Public Health ist Teil des Fachbereichs „Human- und Gesundheitswissenschaften“ (FB 11). Public Health ist keine Unterdisziplin der Medizin, sondern bindet im Rahmen eines multidisziplinären und

integrativen Ansatzes Arbeitswissenschaft, Biologie, Epidemiologie, Medizin, Ökonomie, Ökotrophologie, Pädagogik, Pflege, Gerontologie, Pharmakologie, Pharmazie, Politikwissenschaft, Psychologie, Soziologie, Statistik u. a. gleichberechtigt ein und bietet so eine neue, nämlich bevölkerungs- und systembezogene Sicht auf die Gesundheitsprobleme.

Für die am Bremer Zentrum für Public Health beteiligten Wissenschaftler/innen sind es die folgenden Aspekte, die die gemeinsame „Philosophie“ und damit das „Bremer Profil“ im Zusammenhang mit der medizinischen Versorgung ausmachen:

- Bürger/innen- und Patienten- und Patientinnenorientierung zugunsten einer Optimierung der gesundheitlichen Versorgung und dem Abbau von Ineffizienzen;
- Abbau gesundheitlicher Ungleichheit, verbunden mit dem Aspekt der Zugangsgerechtigkeit in einer sozialen Demokratie;
- Wissenschaftskonzept: Salutogenetischer Fokus, Theorieentwicklung, Praxisorientierung und Multidisziplinarität sowie Geschlechtersensibilität in Forschung und Praxis;
- Gesundheitspolitische Perspektive, die ihren Blick nicht ausschließlich auf die medizinische Versorgung verengt, sondern z. B. psychosoziale Aspekte mit einbezieht;
- Förderung und Ausbau der Prävention, die allen Bürgerinnen und Bürgern zugute kommt und dadurch auch die Ungleichheit im Zugang zur Gesundheitsversorgung ausgleicht.

Eine nutzer/innenorientierte Perspektive in den Gesundheitswissenschaften kann nicht nur als eine personenbezogene Schwerpunktsetzung verstanden werden. Mit einer Subjektorientierung gesundheitswissenschaftlicher Fragestellungen werden die lebensweltlichen Rahmenbedingungen sowie die institutionellen Strukturen in die wissenschaftlichen wie praktischen Konzeptionen von Patienten- und Patientinnenorientierung und Patienten- und Patientinnenpartizipation aufgenommen.

*Das Forschungsprogramm des Zentrums für Public Health umfasst insgesamt sieben Forschungsfelder; in vier Feldern sind auch Mitarbeiter des Zentrums für Sozialpolitik mit ihren Arbeiten beteiligt. Sie werden im Folgenden vorgestellt.*

**Gesundheitspolitik und Gesundheitssystemforschung**  
Dr. Bernard Braun, PD Dr. Uwe Helmert, Prof. Dr. Rainer Müller, Dr. Heinz Rothgang

*Forschungsgegenstand*

Derzeit werden im Jahr mehr als elf Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Gesundheitsgüter und -dienstleistungen ausgegeben (einschließlich Langzeitpflege, ohne Einkommensleistungen). Der Gesundheitsbereich bietet insgesamt rund vier Millionen Menschen Beschäftigung, davon rund der Hälfte in Gesundheitsberufen. Das Gesundheitswesen kann somit als einer der wichtigsten Wirtschaftszweige in der Bundesrepublik Deutschland gelten, dessen Umsatz und Arbeitsplatzvolumen bedeu-

tender ist als z. B. das der chemischen Industrie, des Maschinen- oder Fahrzeugbaus. Vor dem Hintergrund der Entwicklung des Sektors im Laufe der letzten Dekaden gilt das Gesundheitswesen zudem zu Recht als Wachstumsbranche. Darüber hinaus stellt der Gesundheitsbereich für die rund 90% der Bevölkerung, die in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind, auch einen der wichtigsten Bestandteile ihres Sozialkapitals dar, da mit den Strukturen, die in diesem Bereich vorgehalten werden, ein maßgeblicher Teil der Daseinsfürsorge, aktueller und zukünftiger Lebensqualität verknüpft wird.

*Leitfragen*

- Wie lassen sich im Gesundheitssystem Transparenz und Verständnis für wichtige Funktionen und Abläufe herstellen und wie lassen sich damit die Grundlagen der – für ein solidarisches System existenziellen – demokratischen Legitimation verbessern?
- Welche Modi sind am besten geeignet, die gesundheitlichen und sozialen Interessen der Krankenversicherten innerhalb des Gesundheitssystems zur Geltung zu bringen? Dabei geht es um eine systematische, international vergleichende Analyse und Bewertung der beiden idealtypischen Modi „voice“ (z. B. durch Selbstverwaltung oder Patientenorganisationen) oder „exit“ (z. B. freie Kassenwahl, Markt).
- Welchen Anforderungen muss „evidence-based health policy“ bzw. „evidence-based health care“ genügen?
- Wie kann die Effektivität und Effizienz der Versorgung gesteigert werden, und zwar auf der Mikro- und Mesoebene durch Einsatz gesundheitsökonomischer Evaluationsverfahren (Kosten-Wirksamkeits-, Kosten-Nutzwert- und Kosten-Nutzenanalysen) und auf der Makroebene durch integrierte Versorgungskonzepte, die insbesondere auch die Bereiche Prävention, Rehabilitation und Pflege mit einschließen?

*Arbeitsschwerpunkte und Projekte*

Politikfolgenforschung: Im Projekt „Auswirkungen der Implementierung des Finanzierungssystems der ‘diagnosis-related groups’“ (DRG) auf die gesundheitlichen Dienstleistungen und die Arbeitsbedingungen in deutschen Krankenhäusern aus Sicht von Patienten/Patientinnen und Beschäftigten im Krankenhaus soll die DRG-Einführung dokumentiert werden, wobei die Auswirkungen auf alle Akteure aus deren Sicht im Vordergrund stehen. Weiterhin werden sowohl eine anonymisierte individuenbezogene Längsschnittanalyse von Sekundärdaten einer Krankenversicherung aus der stationären Versorgung als auch problembezogene qualitative Fallstudien durchgeführt.<sup>1</sup>

Gesundheits-Monitoring: In Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung wurde der Versuch unternommen, durch regelmäßige standardisierte Befragungen von Versicherten und Patienten und Patientinnen sowie ambulant täti-

<sup>1</sup> vgl. dazu: Braun, Bernard; Müller, Rolf, 2003: *Vergütungsspezifische Unterschiede in der Versorgungsqualität im stationären Bereich - Ergebnisse einer PatientInnenbefragung und einer Routinedatenanalyse*. St. Augustin: Academia.



gen Ärzten und Ärztinnen, Einblick in die gesundheitliche und soziodemographische Lage zu gewinnen. Weitere Aspekte der Untersuchung betreffen die Inanspruchnahme der wichtigsten Versorgungsangebote, die Wahrnehmung und Bewertung aktueller gesundheitspolitischer Regulationsbestrebungen und deren Zielsetzungen<sup>2</sup>.

Herausforderungen/Legitimationsgrundlagen des derzeitigen deutschen Gesundheitssystems: „Demographische Entwicklung – Alter(n) und Gesundheit“: Bislang fehlen in Deutschland auf breiter Datenbasis fußende Erkenntnisse über die altersspezifischen Morbiditätsmuster und deren Veränderungsdynamik. Keine oder nur sehr begrenzte empirische Evidenz existiert bzgl. der „Medikalisierung“ versus „Kompressions“-These. Mit Hilfe vergleichender Längsschnittanalysen der im ZeS vorliegenden Daten (für die Zeit nach 1989) einer bundesweit tätigen Krankenkasse sollen einige dieser Erkenntnislücken geschlossen werden.

Verfahren und Kriterien zur Bestimmung des Leistungskatalogs in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV): In einem von der Hans Böckler Stiftung geförderten Kooperationsprojekt mit der Universität Greifswald (Prof. Dr. Jürgen Wasem, Dr. Stefan Greß), wird der Frage nachgegangen, nach welchen Kriterien und mittels welcher Verfahren der Leistungskatalog in der GKV festgelegt wird.

#### **Arzneimittelversorgungsforschung**

Prof. Dr. Gerd Glaeske/Zentrum für Sozialpolitik (ZeS), Dr. Kathrin Janhsen/Bremer Institut für Präventionsforschung (BIPS)

##### *Forschungsgegenstand*

Im Mittelpunkt der Arzneimittelversorgungsforschung steht die Pharmakotherapie einzelner Patienten und Patientinnen sowie großer Patientengruppen z. B. mit chronischen Erkrankungen. Diese Forschungsrichtung nimmt auf der Basis der Evaluation von Gesundheitsleistungen eine Bewertung der Qualität medizinischer Behandlungsprozesse und – wenn möglich – von Therapieergebnissen vor und soll in einem Feedback-Verfahren die Versorgungsebenen dort zur Optimierung der Struktur- und Prozessqualität beeinflussen, wo Defizite erkennbar werden. Insofern trägt die Arzneimittelversorgungsforschung zu mehr Transparenz, Qualitätssicherung und zum Patientenschutz gegen Über-, Unter- und Fehlversorgung bei.

##### *Leitfragen*

- Wie stellt sich die Qualität und das Ausmaß der Arzneimittelversorgung im regionalen, nationalen und internationalen Vergleich dar?
- Welche Auffälligkeiten sind im geschlechts- und altersspezifischen Arzneimittelverbrauch zu erkennen?
- Wie stellt sich die Anwendungshäufigkeit und Diffusion von wirklichen und „imitativen“ Innovationen dar?

- Wie ist das „Krankenhaussubstitutionspotential“ von Innovationen bzw. einzelnen Arzneimittelgruppen zu bewerten (z. B. ACE-Hemmer bei Herzinsuffizienz)?
- Wie hoch ist das Risikopotential in der Arzneimittelversorgung (Nebenwirkungen, Wechselwirkungen)?

##### *Arbeitsschwerpunkte und Projekte*

- Im Rahmen der *Verbrauchsepidemiologie* werden Sekundärdatenanalysen mit Prozessdaten aus Krankenkassen, sowohl Querschnitts- wie auch Längsschnittanalysen, durchgeführt. Die Auswertungen werden auch unter Einbeziehung von anderen Prozessdaten (z. B. aus dem Krankenhaus) durchgeführt – laufende Projekte für die Gmünder Ersatzkasse (GEK), für einige norddeutsche Betriebskrankenkassen (BKKen), für die Techniker Krankenkasse (TK) oder die Deutsche Krankenversicherung (DKV);
- Entwicklung und Durchführung von Projekten im Rahmen der *geschlechtsspezifischen Arzneimittelversorgung*, z. B. Hormonsubstitution bei Frauen, Arzneimittel als Anti-Ageing-Strategie, Auffälligkeiten des Konsums von Männern und Frauen in allen Altersstufen;
- in Kooperation mit mehreren Bremer Betriebskrankenkassen wird ein Projekt zur Konzeption und Durchführung von *Beratungen* für mehr Verschreibungsrationalität und Wirtschaftlichkeit bei Vertragsärzten und -ärztinnen, z. B. in Kooperation mit Ärzteorganisationen wie den Kassenärztlichen Vereinigungen oder den Ärztekammern durchgeführt. Die Auswertungen führen zu „Verordnungsbulletins“, die als Basis für Qualitätszirkel genutzt werden können (*Feedback-Strategien*);
- Beratung der Politik und der Verbände bei versorgungsrelevanten Veränderungen im Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) (z. B. aut-idem, Versandapothekendeckung, „vierte Hürde“, off-label-use usw.);
- Beratung von Verbraucherinstitutionen (z. B. Stiftung Warentest);
- Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Arzneimittelinformation und Arzneimittelverbrauch.

##### *Pflege, Altern und Gesundheit*

Prof. Dr. Stefan Görres, Dr. Martha Meyer/Fachbereich Human- und Gesundheitswissenschaften (FB 11), Dr. Heinz Rothgang/Zentrum für Sozialpolitik (ZeS)

##### *Forschungsgegenstand*

Die Pflege steht vor neuen Herausforderungen, die durch die demographischen, epidemiologischen und versorgungsstrukturellen Entwicklungen in den Industrienaationen bedingt werden. Im Einzelnen sind in diesem Zusammenhang folgende Entwicklungen zu benennen: Zunahme der Lebenserwartung, Wandel des Krankheitspektrums, komplexere und schwierigere Krankheits- und Pflegebedürftigkeitsbilder, Erosionen informeller Hilfestrukturen, Umstrukturierungsprozesse im Versorgungswesen.

##### *Leitfragen*

Die Leitfragen dieses Forschungsfeldes beziehen sich auf:

<sup>2</sup> vgl. dazu: Böcken, Jan; Braun, Bernard; Schnee, Melanie, 2002: *Gesundheitsmonitor 2002*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

- die Optimierung der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung der Altersbevölkerung sowie den Abbau sozialer Ungleichheiten im Zugang zu derartigen Leistungen,
- Lebenslage und Lebensweise der Betroffenen, ihren Kompetenzen, den versorgenden Strukturen und deren Qualität,
- Formen der Bewältigung chronischer Erkrankungen und Pflegebedürftigkeit im Alter,
- gerontologische und pflegewissenschaftliche Versorgung, insbesondere zur institutionellen Versorgung älterer Menschen in Heimen sowie
- Rehabilitations- und Präventionsforschung im Alter.

#### *Arbeitsschwerpunkte und Projekte*

Gründung eines „Norddeutschen Forschungsverbundes Gerontologie – Geriatrie – Pflegewissenschaft“ (GGP) mit dem Ziel, Hochschulen, Versorgungseinrichtungen und andere einschlägige Institutionen in den Aufbau gerontologisch-geriatriisch-pflegewissenschaftlicher Forschungsstrukturen im norddeutschen Raum einzubeziehen (s. in diesem Rahmen auch den Projekt-Hinweis auf Seite 13: „Services for Supporting Family Carers of Elderly People in Europe: Characteristics, Coverage and Usage“) Beteiligung an der Ausschreibung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zum Thema Pflegeforschung „Optimierung des Pflegeprozesses durch neue Steuerungsinstrumente“ u. a.

#### *Arbeit, Arbeitslosigkeit und Gesundheit*

Prof. Dr. Thomas Kieselbach/Fachbereich Human- und Gesundheitswissenschaften (FB 11), Prof. Dr. Dietrich Milles, Prof. Dr. Rainer Müller/Zentrum für Sozialpolitik (ZeS)

#### *Forschungsgegenstand*

Für das Forschungsfeld sind zwei grundlegende Themenblöcke relevant:

- individuelle Bewältigung sowie gemeindebezogene Effekte von (Langzeit-)Arbeitslosigkeit,
- Gesundheit und Sicherheit in der Arbeitswelt: Individuelle, organisationale und institutionalistische Strategien des betrieblichen Arbeitsschutzes und Gesundheitsmanagements.

#### *Leitfragen*

Vor der oben skizzierten Ausgangslage ergeben sich für den Themenschwerpunkt „Arbeitslosigkeit“ u. a. folgende Fragen: Welche Konzepte können als „Models of Good Practice“ im Kontext beruflicher Transitionen, d. h. Personalabbau, gelten? Welche Strategien sind notwendig, um soziale Ausgrenzung und damit verbundene gesundheitliche Risiken jugendlicher Arbeitsloser zu vermeiden und gleichzeitig die soziale Integration zu fördern?

Die oben beschriebenen Problemlagen im Themenblock „Gesundheit und Sicherheit in der Arbeitswelt“ werfen folgende Fragen auf: Wie können Wohlbefinden, Gesundheit und Gesundheitskompetenzen bei Individuen langfristig in Organisationen etabliert und systematisiert werden? Welche belastungsspezifischen Besonderheiten

und darauf abgestimmte Instrumente des Arbeitsschutz- und Gesundheitsmanagements ergeben sich aus der Gender-Perspektive? Welche institutionellen Rahmenbedingungen müssen im Hinblick auf neue wohlfahrtsstaatliche Arrangements im Arbeits- und Gesundheitsschutz zwischen Unternehmen, Kranken-, Unfall-, Renten- und Arbeitslosenversicherung etabliert und systematisiert werden?

#### *Arbeitsschwerpunkte und Projekte*

Für den Themenschwerpunkt „Arbeitslosigkeit“ sei an dieser Stelle exemplarisch der Schwerpunkt „Organisationsbezogene Beratung bei Personalentlassungen“ ausgeführt: Durch die Entwicklung eines europäischen Outplacement-/Replacement – Konzepts wird eine Konkretisierung auf der regionalen Ebene nahe gelegt, um die Effektivität und Tragfähigkeit einer solchen Strategie bewerten zu können.

Im Themengebiet „Gesundheit und Sicherheit in der Arbeitswelt“ dient eine grundlagenbezogene Forschungsstrategie der Entwicklung von Erklärungsmodellen für die möglichen (und zukünftigen) Strukturen und Prozesse im Arbeitsschutz- und Gesundheitsmanagement.

*Anwendungs- und Praxisergebnisse* beziehen sich auf die

- Entwicklung und Erarbeitung wissenschaftlich begründeter, betrieblich praktikabler sowie wirtschaftlich arbeitender Instrumente für das Lernen in Klein- und Mittelunternehmen (KMU) im Bereich Arbeitsschutz und Gesundheitsmanagement („Lerninstrumente“ als innovative Produktergebnisse: z. B. vernetztes EDV-System, abgestimmte Fort- und Weiterbildung);
- thematische Verknüpfung der bisher in der betrieblichen Praxis isoliert bearbeiteten Felder Arbeitsschutz, betriebliches Gesundheitsmanagement, Organisationsentwicklung sowie neuer Medien- und Kommunikationsformen.

Rainer Müller, Telefon: 0421/218-4377  
eMail: dkoch@zes.uni-bremen.de

<http://www.public-health.uni-bremen.de>

**Gesundheitspolitisches Kolloquium im Sommersemester 2003**

**„Finanzierung und Umsetzung der Reform im Gesundheitswesen“**

s. Seite 21

## Brückenprogramm Wissenschaft und Praxis zur Zukunftsfrage der Transformation des Sozialstaates

Anlässlich ihres 40jährigen Jubiläums hat die VolkswagenStiftung eine neue Förderinitiative „Zukunftsfragen der Gesellschaft – Analyse, Beratung und Kommunikation zwischen Wissenschaft und Praxis“ eingerichtet. Ziel dieser Initiative ist es, auf der Grundlage anwendungsorientierter Forschung gesellschaftlich-politische Lernprozesse unter Einschluss von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit anzuregen und neu zu organisieren. Es gilt, Kooperationen zwischen Wissenschaft und Praxis anzustoßen, die wechselseitiges Verständnis schaffen und als Lern- und Kommunikationsprozesse dauerhaft Wirkung halten.

Ein erster Baustein dieser Initiative ist das *Brückenprogramm Wissenschaft und Praxis zur Zukunftsfrage der Transformation des Sozialstaates*. Es wurde von Stephan Leibfried und Herbert Obinger in Kooperation mit Dr. Werner Tegtmeier, bis 2002 beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA), entwickelt.<sup>1</sup>

Verglichen etwa mit den USA ist für Deutschland die Abschottung von Sozialwissenschaften und (vornehmlich staatlicher) Praxis gegeneinander und die vergleichsweise starke Binnenorientierung beider Seiten kennzeichnend. Angesichts der seit den 1990er Jahren umfassend anstehenden nationalen, supranationalen und internationalen Herausforderungen für den deutschen Sozialstaat und seine Reform zielt das Programm darauf, in diesem

Themenfeld die Brücke zwischen *Wissenschaft und Praxis* für die nächsten Generationen nachhaltig zu verbreitern.

Die Initiative zielt insbesondere auf jüngere Personen, um so die Basis für ein dauerhaftes wechselseitiges Verständnis zwischen Wissenschaft und Praxis und deren unterschiedlichen „Kulturen“ zu schaffen.

Anfang 2003 erfolgten die ersten Ausschreibungen im Rahmen dieses Programmes, so dass im Laufe des Jahres die ersten Stipendiaten und Stipendiatinnen von der Praxis in die Wissenschaft oder in umgekehrte Richtung wechseln können.

Eine Ausweitung der Initiative in Richtung Internationalisierung ist z. Zt. in Zusammenarbeit mit der London School of Economics (LSE) und dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) in Planung.

Stephan Leibfried, Telefon: 0421/218-4372  
eMail: stlf@zes.uni-bremen.de  
Herbert Obinger, Telefon: 0421/218-4369  
eMail: hobinger@zes.uni-bremen.de

Auskunft bei der VolkswagenStiftung erteilt  
Alfred Schmidt, Telefon: 0511/83810-237  
eMail: schmidt@volkswagenstiftung.de

<sup>1</sup> Leibfried, Stephan; Obinger, Herbert; Tegtmeier, Werner, 2002: „Zur Zukunftsfrage der Transformation des Sozialstaates: Ein Brückenprogramm zwischen Wissenschaft und Praxis“, *Zeitschrift für Sozialreform* 48, Heft 3: 373-415 (zur Kurzfassung s. <http://www.volkswagenstiftung.de>).

<http://www.volkswagenstiftung.de/foerderung.index.html> → [programme](#) → [zukunftsfragen](#) → [merkblatt](#)

## Sozialwissenschaftliches Forschungsnetzwerk „Politik und Wohlfahrt in der Internationalisierung“

Forschungsnetzwerke, wie die Graduate School of Social Sciences (GSSS), der Sonderforschungsbereich (Sfb 597) und die drei sie tragenden Einrichtungen (Zentrum für Sozialpolitik/ZeS, Institut für Interkulturelle und Internationale Studien/InIIS, Institut für Empirische und Angewandte Soziologie/EMPAS) bedürfen in der Informationstechnik eines guten, sie auch verbindenden Unterbaus, zumal sie in Bremen auf vier räumlich getrennte Standorte – auf dem Campus und außerhalb – verteilt sind.

Das sozialwissenschaftliche Forschungsnetzwerk „Politik und Wohlfahrt in der Internationalisierung“ hat deshalb mit Unterstützung der Universität einen Antrag auf Beschaffung von Forschungsrechnern im IT-Verbund (INTEVESOFO) nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFG) entwickelt. Der Antrag zielt sowohl auf die Sicherung des laufenden Betriebs als auch auf eine Förderung für eine zeitgemäße IT-Ausstattung für (poten-

tiell) insgesamt 245 Personen in einem IT-Netzwerk.

Vorbereitet wurde dieser Antrag unter der Federführung von Dr. Peter Boy und Prof. Dr. Stephan Leibfried in einer Arbeitsgruppe, in der auch Achim Schmidt aus dem ZeS, Dr. Lothar Probst, Gregor Walter und Bernhard Zangl aus dem InIIS, Hartmut Asendorf und Werner Dressel von der GSSS, Prof. Dr. Ansgar Weymann und Michael Windzio aus dem EMPAS sowie Claudia Böllersen, Tristan Hoff und Dr. Dieter Wolf aus dem Sfb 597 mitgearbeitet haben. Der sehr komplexe Antrag wurde von dieser Gruppe in den wenigen Monaten auf die Beine gestellt, die seit der Bewilligung des Sonderforschungsbereichs „Staatlichkeit im Wandel“ (Sfb 597) Ende November 2002 vergangen sind.

Kontakt: Peter Boy, Telefon: 0421/218-4374  
eMail: pb@zes.uni-bremen.de  
Stephan Leibfried, Telefon: 0421/218-4372  
eMail: stlf@zes.uni-bremen.de

<http://www.zes.uni-bremen.de>

## **Grundsatzfragen der Sozialstaatsentwicklung: Wandlungsprozesse der Wohlfahrtsstaaten und der Wandel in der Rechtfertigung sozialstaatlicher Arrangements**

### **Forschungsprogramm der Abteilung „Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates“**

Seit Oktober 2002 ist die Abteilung „Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates“ wieder besetzt. Mit Prof. Dr. Frank Nullmeier als Leiter der Abteilung, werden auch weiterhin Grundsatzfragen der Sozialstaatsentwicklung in beschreibender, erklärender, aber auch normativer Perspektive zentraler Gegenstand der Forschungsarbeiten der Abteilung sein. Grundlegende Wandlungsprozesse der Wohlfahrtsstaaten und Verschiebungen in der Rechtfertigung sozialstaatlicher Arrangements werden in vier Arbeitsschwerpunkten der Abteilung erforscht:

#### ***Arbeitsschwerpunkt I: Sozialstaatslegitimationen***

Dieser Arbeitsbereich befasst sich mit normativen Fragen der Rechtfertigung und Begründung von Sozialstaatlichkeit sowie der empirischen Analyse von Legitimationskonflikten anlässlich sozialpolitischer Regelungen. Werte wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Subsidiarität und Solidarität bestimmen die Sozialpolitik seit langem. Intensiver als bisher jedoch sind die nationalen Varianten in den Kernkategorien der Sozialstaats-Rechtfertigung zu beachten und zu vergleichen. Besonderes Augenmerk wird auch den erst in neuerer Zeit in der Öffentlichkeit verwendeten Begrifflichkeiten wie „Eigenverantwortung“ und „Nachhaltigkeit“ zukommen müssen. Mit bestimmten normativen Konzepten wie z. B. dem „aktivierenden Staat“ verbinden sich auch Hinwendungen zu einem stärker verhaltenslenkenden, erziehenden Sozialstaat. Die Wandlungen in den Wert-begrifflichkeiten und die Verschiebungen in der Interpretation und Ausdeutung tradierter Kategorien (z. B. die Schwerpunktverschiebung von sozialer Gerechtigkeit zur Generationengerechtigkeit) bedürfen sowohl einer diskursanalytischen Analyse als auch einer Bewertung vor dem Hintergrund der etablierten Konzepte normativer politischer Theorie. Da der Stand einer normativen Theorie des Sozialstaates noch immer nicht als fortgeschritten gelten kann, sind Anstrengungen in dieser Richtung durch die Abteilungsarbeit zu unterstützen.

Empirische Analysen zur Legitimationsrelevanz von Wohlfahrtsstaatlichkeit und zu politischen Akzeptanz- und Legitimationskonflikten, die sich an sozialpolitischen Regelungen festmachen, werden in enger Verbindung mit dem Projekt „Wandel demokratischer Legitimation durch Internationalisierung und Deparlamentarisierung?“ des Anfang 2003 begonnenen Sonderforschungsbereichs „Staatlichkeit im Wandel“ durchgeführt. Die „Krise des Sozialstaates“ kann sich unter bestimmten Bedingungen zur Krise des demokratischen politischen Systems ausweiten. Diese Bedingungen gilt es näher zu spezifizieren, wozu reale Verschiebungen in den Legitimationsmustern westlicher Wohlfahrtsstaaten genauestens beobachtet werden müssen. Im Unterschied zur tradierten Akzeptanz- und Legitimationsforschung, die vor allem

Einstellungen von Individuen misst, widmen sich die hier unternommenen Studien der Analyse öffentlich kommunizierter Legitimationsmuster.

#### ***Arbeitsschwerpunkt II: Wohlfahrtsmärkte und Regulierungsstaatlichkeit***

Ein grundlegender Wandlungsprozess in den OECD-Wohlfahrtsstaaten liegt in der gestiegenen Rolle marktlicher Bereitstellung von Sozialleistungen. Unter dem Begriff „Wohlfahrtsmärkte“ wird die neue Rolle der Marktlichkeit und die gestiegene Bedeutung von Betrieben und Unternehmen in der Sozialpolitik analysiert. Dabei ist jedoch keineswegs davon auszugehen, dass mehr Marktlichkeit gleich weniger Staatlichkeit bedeutet. Von besonderer Bedeutung sind vielmehr die neuen Arrangements von staatlicher (Ko-)Finanzierung privatwirtschaftlich produzierter Sozialleistungen, der Gewährleistung eines bestimmten – partiell marktlich gesicherten – Sozialniveaus durch den Staat oder der staatlichen Regulierung von Wohlfahrtsmärkten. Forschungsprojekte in diesem Arbeitsschwerpunkt werden sich insbesondere mit der Rolle von Unternehmen auf Wohlfahrtsmärkten beschäftigen, mit den staatlichen Förderinstrumentarien für einen schnelleren Wachstumsprozess der Wohlfahrtsmärkte und mit den regulationsstaatlichen Folgewirkungen des verstärkten Einbaus von Märkten in die sozialstaatliche Leistungsgewährung. Die verschiedenen Regulationsphasen, -formen und -instrumente sind vergleichend zwischen den verschiedenen Feldern der Sozialpolitik zu analysieren.

#### ***Arbeitsschwerpunkt III: Mikropolitologie des Sozialstaates***

Die politikwissenschaftliche Analyse der Wohlfahrtsstaatsentwicklung ist vor allem im Rahmen der international vergleichenden Policy-Forschung höchst erfolgreich gewesen. Die Suche nach Faktoren der Entstehung, des Ausbaus und auch des Rück-/Umbaus von Wohlfahrtsstaatlichkeit hat jedoch zum Teil die detaillierte Analyse der einzelnen sozialpolitischen Entscheidungsprozesse in den Hintergrund gerückt. Unter dem Begriff „Mikropolitik“ soll eine verstärkte Zuwendung zu der politikprozessualen Dimension des Wohlfahrtsstaates erfolgen, zudem ein grundlagentheoretischer Beitrag zur Politikwissenschaft geliefert werden. Durch analytische Zerlegung politischer Prozesse in Teilschritte und einzelne politische Praktiken als Elementareinheiten sowie durch Zentrierung auf die verschiedenen Formen der Herstellung kollektiver Verbindlichkeit kann eine detaillierte Analyse der Mikrodimension von Entscheidungsprozessen geleistet werden. Modernisierungen dieser Prozesspraktiken (Mediation, Moderation, „Bündnisse“ und Konsensrunden, Benchmarking-Verfahren und Evaluationen) kommen dadurch ebenso in den Blick wie die fort-dauernde Wirkungskraft von „alten“ politischen Verfahren und Praktiken. Zu klären ist insbesondere, welche sozialpolitischen Akteure durch die Modernisierung der politischen Prozesse begünstigt/benachteiligt werden, und ob neue Akteure auf der sozialpolitischen Bühne auftreten. Die Ergebnisse der mikropolitischen Untersuchungen haben auch eine praxeologische Dimension: Sie kön-

nen helfen, effektiver angelegte Verfahren der sozialpolitischen Willensbildung zu entwickeln und zu implementieren.

#### **Arbeitsschwerpunkt IV: Sozialstaatsinnovationen**

Die Verfassung des Wohlfahrtsstaates ändert sich, wenn neue Politikfelder als sozialstaatliche Aktionsbereiche entstehen, wenn neue Instrumente und neue Institutionen geschaffen werden, die auf die soziale Lage der Bürger einzuwirken suchen. Verbraucherpolitik ist einer dieser neuen sozialstaatlich relevanten Politikbereiche. Vermehrte private Vorsorge lässt Unternehmen und Märkte wichtig werden für die sozialen Leistungen der Bürger. Diese müssen sich auf den Märkten orientieren und sind daher in der Rolle des Verbrauchers, nicht der des Klienten, gefragt. Qualitätskontrolle, Schaffung von Markttransparenz und Marktregulation sind Aufgaben neuer Institutionen eines Sozialstaates, der sich zunehmend als Regulationsstaat versteht.

Die Zusammenhänge zwischen Bildungs- und Sozialpolitik werden verstärkt wissenschaftlich analysiert und im politischen Raum erkannt. Die deutschen Traditionen folgende Trennung zwischen Bildungs- und Sozialpolitik in der Wohlfahrtsstaatsforschung sollte daher nicht weiter fortgesetzt werden. Eine weitere Sozialstaatsinnovation dürfte für die Sozialversicherungen von den neuen biotechnologischen Möglichkeiten ausgehen. Hier könnte sich ein neues Politikfeld – Biosozialpolitik – entwickeln, das gerade für die Gesundheitspolitik von einschneidender Bedeutung sein dürfte. Ausgewählte politikwissenschaftliche Analysen solcher Sozialstaatsinnovationen bilden den Schwerpunkt dieses vierten Arbeitsbereiches.

Kontakt: Frank Nullmeier, Telefon: 0421/218-4051  
eMail: frank.nullmeier@zes.uni-bremen.de

## **Neue Projekte**

Im Rahmen einer größeren EU-Studie „*Overcoming the Barriers and Seizing the Opportunities for Active Ageing Policies in Europe (ActivAge)*“ befasst sich ein Bremer Untersuchungsteam schwerpunktmäßig mit den Reformen, die ein längeres Erwerbsleben anreizen bzw. ermöglichen. Das Active Age-Projekt soll insgesamt die institutionellen, ökonomischen und politischen Gegebenheiten analysieren, die der Implementation einer Politik des aktiven Alterns entgegenstehen und darüber hinaus Handlungsmöglichkeiten für eine Überwindung der Barrieren aufzeigen.

Kontakt: Karl Hinrichs, Telefon: 0421/218-4063  
eMail: hinrichs@zes.uni-bremen.de  
Paula Aleksandrowicz, Telefon: 0421/218-9678  
eMail: aleksand@zes.uni-bremen.de

Ebenfalls von der EU wird das Projekt „*Services for Supporting Family Carers of Elderly People in Europe: Characteristics, Coverage and Usage*“ (EUROFAM-CARE) gefördert. Das Projekt zielt zunächst auf einen Überblick über die Situation pflegender Angehöriger, die einen älteren Menschen zu Hause versorgen und darüber hinaus auf die Entwicklung von Hilfsangeboten zur Unterstützung pflegender Angehöriger. In dieser als europäische Vergleichsstudie angelegten Untersuchung wird das ZeS eine sozio-ökonomische Evaluation vornehmen, in der nicht nur die Kosten der Langzeitpflege und der unterstützenden Maßnahmen für pflegende Angehörige, sondern auch die Effektivität und Effizienz dieser Maßnahmen thematisiert werden.

Kontakt: Heinz Rothgang, Telefon: 0421/218-4132  
eMail: rothgang@zes.uni-bremen.de

Die Hans Böckler Stiftung sowie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) unterstützen ein Projekt zur „*Entwicklung eines Konzeptes zur sozialen Absicherung von selbständig Erwerbstätigen am Beispiel der Honorarlehrkräfte*“.

Kontakt: Uwe Fachinger, Telefon: 0421/218-4057  
eMail: ufach@zes.uni-bremen.de

Ebenfalls von der Hans Böckler Stiftung wird eine Vorstudie zu den *Auswirkungen der neuen Krankenhausfinanzierung auf Arbeitsbedingungen und Dienstleistungsqualität im Krankenhaus* unterstützt.

Kontakt: Bernard Braun, Telefon: 0421/218-4359  
eMail: bbraun@zes.uni-bremen.de

**Siehe auch Projekte  
des Sonderforschungsbereichs  
„Staatlichkeit im Wandel“ (Sfb 597)  
und  
des Zentrums für Public Health (ZPH)  
Seite 4ff.**

## Tagungen

### Reform der Alterssicherung in Deutschland – Erste Erfahrungen mit Neuregelungen zur privaten und betrieblichen Alterssicherung

9. Universitätsseminar am 14./15. November 2002 in Etelsen

Unter diesem Titel fand im November 2002 auf Schloss Etelsen bei Bremen unter der Leitung von Dr. Holger Viebrok das 9. Universitätsseminar der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des Zentrums für Sozialpolitik (Direktor: Prof. Dr. Winfried Schmähl) im Rahmen der Förderinitiative „Dialog Wissenschaft und Praxis“ der Hanns Martin Schleyer-Stiftung statt. Auf dem diesjährigen Seminar diskutierten ausgewiesene Experten aus universitären und privaten Forschungsinstituten, Verbänden und Gewerkschaften, Beratungsunternehmen und staatlichen Institutionen über erste Erfahrungen mit der neuen staatlich geförderten privaten und betrieblichen Altersvorsorge. Diese beiden Formen sollen die staatliche Alterssicherung ergänzen und stehen zum Teil miteinander in Konkurrenz.

Eine wichtige Frage in diesem Zusammenhang ist, wie Erwerbsbiographien und Einkommenswirkungen dieser Reform zusammenhängen. Dr. Ralf K. Himmelreicher und Dr. Holger Viebrok, Mitarbeiter im Zentrum für Sozialpolitik<sup>1</sup>, präsentierten Forschungsergebnisse aus dem Projekt „Die sozial- und verteilungspolitische Bedeutung der Rahmenbedingungen privater Altersvorsorge“.

Dr. Ralf K. Himmelreicher erläuterte den Verlauf typischer Erwerbsbiographien, die im Rahmen des von der Hans Böckler Stiftung geförderten Projektes ermittelt wurden. Er ging auch auf persönliche und familienbezogene Merkmale sowie die Ausstattung mit Vermögen ein, die neben der Erwerbsbiographie einen bedeutenden Einfluss auf die Altersvorsorge haben. Dr. Holger Viebrok präsentierte in seinem Vortrag die Ergebnisse von – unter anderem darauf aufbauenden – Modellrechnungen zur geförderten privaten Vorsorge. Es wurde gezeigt, dass Bezieher niedriger und höherer Einkommen höhere Förderquoten als solche mit mittlerem Einkommen erreichen und damit auch höhere Verzinsungen der verbleibenden Eigenbeiträge erzielen können. Darüber hinaus profitieren zwar jüngere Kohorten tendenziell stärker von der Förderung als ältere. Da der Zusammenhang zwischen Beiträgen und Leistungen in der privaten Vorsorge jedoch stärker ist als in der gesetzlichen Rentenversicherung, wird sozialer Ausgleich im System durch eine Privatisierung abgebaut, wodurch die Begünstigung jüngerer Kohorten teilweise wieder aufgehoben wird.

Johannes Leinert (Bertelsmann Stiftung) und Achim Tiffe (Institut für Finanzdienstleistungen/iff) beschäftigten sich mit dem Vorsorgeverhalten und konnten dazu erste Er-

gebnisse einer empirischen Erhebung zur privaten Vorsorge vorweisen, die zwischenzeitlich veröffentlicht wurde ([www.vorsorgestudien.de](http://www.vorsorgestudien.de)). Rund 8,9 % der Befragten hatten demnach in der zweiten Jahreshälfte 2002 eine Riester-Rente abgeschlossen. Insbesondere Bezieher niedrigerer Einkommen zeigen sich besonders zurückhaltend im Abschluss solcher Verträge. Nur rund die Hälfte der Haushalte insgesamt will zusätzlich privat vorsorgen, ebenfalls rund die Hälfte gibt an, bereits ausreichend vorgesorgt zu haben. Nach den Aussagen dieser Studie werden Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung teilweise erheblich überschätzt.

Axel Kleinlein (Stiftung Warentest) stellte heraus, welche Anforderungen im Hinblick auf die Transparenz an Produkte zur privaten Altersvorsorge (unter anderem an Riester-Rentenversicherungen) zu stellen sind. Deregulierung und Rentenreform führen zu einer vielfältigeren Produktlandschaft. Es entstehe hoher Informationsbedarf und Transparenz sei gefordert, insbesondere in Hinsicht auf Eigenschaften und Kostenverläufe dieser Produkte. Axel Kleinlein plädierte insbesondere dafür, die Leistungsprognosen durch geeignete Kenngrößen vergleichbarer zu machen.

Das Referat von Johannes Clemens (Deutsche Bundesbank, z. Zt. für die Rürup-Kommission tätig) leitete zur betrieblichen Alterssicherung über und vermittelte einen grundlegenden Überblick zu den statistischen Informationen zur betrieblichen Alterssicherung in Deutschland. In punkto Einbeziehung in betriebliche Altersversorgung sind deutliche Unterschiede zwischen größeren und kleineren Unternehmen erkennbar. Die überwiegende Mehrzahl von Betriebsrenten ist sehr niedrig, die größten Häufigkeiten finden sich in den Bereichen unter 200 EUR monatlich. Darüber hinaus ist der Anteil von Arbeitnehmern, die in eine betriebliche Altersversorgung einbezogen waren, in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen. Private Lebensversicherungen gewannen dagegen für die Bildung von Geldvermögen zunehmend an Bedeutung.

Prof. Dr. Heinz-Dietrich Steinmeyer (Westfälische Wilhelms-Universität Münster) ging aus juristischer Sicht auf die neuen Regelungen zur Entgeltumwandlung ein, insbesondere auf Entscheidungsbefugnisse über das Ob und die Höhe des umzuwandelnden Entgelts (eine Entscheidung des Arbeitnehmers) und der Art der Durchführung der Entgeltumwandlung (eine Entscheidung des Arbeitgebers). Sein Referat konzentrierte sich besonders auf die Grenzen der tariflichen Regelungsmacht. Anspruch auf Entgeltumwandlung (dem Grunde nach), Höhe der Entgeltumwandlung und Wahl des Durchführungsweges können durch Tarifverträge geregelt werden. Nach dem so genannten Tarifvorbehalt kann eine Umwandlung von tariflich vereinbarten Entgelten nicht erfolgen, solange dies nicht ausdrücklich geregelt und in Kraft gesetzt ist. Eine Umwandlung von nicht auf Tarifvertrag beruhendem Entgelt bleibt jedoch möglich.

Die Diskussion wurde durch Referate zu den Regelun-

<sup>1</sup> Dr. R. K. Himmelreicher ist Anfang 2003 zum Verband Deutscher Rentenversicherungsträger gewechselt.

gen und Erfahrungen in der Praxis vervollständigt. *Judith Kerschbaumer*, Spezialistin für Alterssicherung bei Ver.di, vermittelte einen Überblick über die sehr verschiedenartigen Formen der ergänzenden Alterssicherung im Bereich der größten Gewerkschaft in Deutschland. Dabei ging sie auch auf die Reformen in der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes ein. Im öffentlichen Dienst wurde das bisherige System, das ein bestimmtes Absicherungsniveau festlegte, durch ein Modell abgelöst, bei dem sich spätere Leistungen aus der Einzahlung und ihrer Verzinsung wie in einem kapitalgedeckten System ergeben. Damit hat sich im Bereich der zusätzlichen Alterssicherung im öffentlichen Dienst ein tief greifender Wandel vollzogen, wenngleich eine Brutto-Entgelt-Umwandlung tarifvertraglich nicht möglich ist.

*Gottlieb Förster*, IG BCE Hannover und Mitglied des Aufsichtsrates des Chemie-Pensionsfonds, erläuterte die tariflichen Vereinbarungen im Bereich der IG BCE und die Regelungen des (ersten deutschen) Pensionsfonds für Mitarbeiter der chemischen Industrie und nahe stehender Branchen. Nach der Chemietarifförderung ist die Umwandlung eines tariflichen Grundbetrages sowie von Urlaubsgeld und tariflicher Jahresleistung möglich, wobei eine mit dem Sparbeitrag steigende Chemietarifförderung gezahlt wird.

*Björn Schütt-Alpen*, einer der Geschäftsführer der Metallrente GbR, erläuterte das Konzept der Versorgungseinrichtung, die vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall und der Industriegewerkschaft Metall gemeinsam getragen wird (auch die Tarifbereiche Holz und Kunststoff sowie Textil sind beteiligt). Die Versorgungseinrichtung wird auf vertraglicher Basis von privaten Finanzdienstleistern betrieben und bietet Produkte mit verschiedenen Durchführungswegen und Risikoklassen an. Die Metallrente bietet sowohl Brutto- als auch Nettoumwandlung an und wirbt mit günstigen Großkundenkonditionen und hohen Renditen auch für Beschäftigte kleiner und mittlerer Unternehmen.

Aus den Diskussionen ergaben sich viele neue Einsichten. Aus verteilungspolitischer Sicht stellt sich die Frage, ob die Förderung der privaten Vorsorge nicht stärker auf die unteren Einkommenschichten konzentriert werden sollte, um Armut im Alter vermeiden zu können, zumal nach den ersten Erfahrungen bei Beziehern höherer Einkommen eher Mitnahmeeffekte hinsichtlich der staatlichen Förderung zu befürchten sind. Angesichts des unübersichtlichen Angebotes an Produkten zur Altersvorsorge kommt Institutionen wie der Stiftung Warentest und insbesondere auch den Betrieben eine wichtige Funktion in der Strukturierung von Informationen zu. Tarifparteien und Betriebe haben darüber hinaus eine Scharnierfunktion, da sie betriebliche Durchführungswege eröffnen bzw. verschließen können.

Holger Viebrok  
Telefon: 0421/218-3311  
eMail: hviebrok@zes.uni-bremen.de

## **Wandel im Dienstleistungssektor – Flexibilisierung der Geschlechterverhältnisse. Initiative für ein multidisziplinäres Netzwerk**

*Workshop am 21./22. November 2002 in Bremen*

Das Netzwerk „Wandel im Dienstleistungssektor – Flexibilisierung der Geschlechterverhältnisse“ wendet sich an Wissenschaftler/innen aus unterschiedlichen Disziplinen, die aus der Geschlechterperspektive zu den Veränderungen im Dienstleistungssektor arbeiten. Die Initiative ging im letzten Sommer von der Abteilung „Geschlechterpolitik im Wohlfahrtsstaat“ im Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen, aus. Ziel ist es, unterschiedliche theoretische Ansätze und empirische Ergebnisse der Geschlechterforschung zum Dienstleistungssektor zusammenzuführen und die bisher nur sporadische Zusammenarbeit von Wissenschaftlerinnen zu vertiefen.

Der Dienstleistungssektor gilt traditionell als Beschäftigungsfeld mit einer hoher Beteiligung von Frauen. Dieses Feld weist aktuell ausgeprägte Dynamiken und Innovationspotenziale auf. Die Wandlungsprozesse sind wesentlich durch veränderte Erwerbsmuster, Karriereaspirationen und Zeitstrukturen von Frauen mitgestaltet. Neue Erwerbsformen wie die „Alleinselbständigkeit“, flexibilisierte Arbeitszeiten sowie tendenziell „entgrenzte“ Arbeits- und Lebenssphären sind einige Merkmale moderner Dienstleistungsfelder, die insbesondere für hochqualifizierte Frauen Karrierechancen eröffnen und mit der zugewiesenen familiären Sorgeverantwortung leichter vereinbar scheinen als das industriezeitliche „männliche Normalarbeitsverhältnis“. Auch in traditionellen Dienstleistungssegmenten wie dem Gesundheitswesen und dem Wissenschaftssystem zeichnen sich seit einiger Zeit Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen und Partizipationschancen für Frauen ab. Zugleich wird die soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern reproduziert; ebenso liegen Hinweise auf neue prekäre Beschäftigungssituationen insbesondere von Frauen vor.

Die Wandlungsprozesse im Dienstleistungssektor werden gegenwärtig aus unterschiedlichen Perspektiven analysiert. Kennzeichnend ist dabei, dass sich der Mainstream der Forschung nach wie vor primär an männlichen Akteuren orientiert. In den Analysen zeichnet sich durchgängig ab, dass die Verknüpfungen zwischen Erwerbsarbeits- und Lebenssphäre nicht angemessen erfasst werden. Es steht darüber hinaus zur Diskussion, ob die Heterogenität und Dynamik des Dienstleistungssektors in traditionellen Kategorien wie „Institution“, „Organisation“, „Profession“ oder „Arbeitskraft“ überhaupt abgebildet werden kann. Zu klären ist auch, welche Einflüsse von neuen Technologien und hybriden Organisationsformen sowie von übergeordneten gesellschaftlichen Entwicklungen wie Globalisierung und Neoliberalismus ausgehen. Die Bündelung unterschiedlicher Ansätze und Erfahrungen im Netzwerk eröffnet eine neue Perspektive und Möglichkeiten, diese Fragen zu bearbeiten.

Ein zweitägiger Workshop im November 2002 zum Thema „Geschlechterverhältnisse im Dienstleistungssektor – Dynamiken, Differenzierungen und neue Horizonte“ brachte erste Ergebnisse. In einem ausgewählten Kreis von Wissenschaftlerinnen wurden Erklärungsangebote in verschiedenen Dienstleistungsfeldern mit ihren spezifischen institutionellen Rahmungen und Akteuren empirisch geprüft.

Nach den einleitenden Beiträgen stellte *Dr. Susanne Völker*, Berlin, Ergebnisse der Transformationsforschung vor. Aus der Perspektive der Subjekte wurden erwerbsbezogene Handlungsstrategien und „hybride Selbstverortungen“ exploriert, die zu einer Vervielfältigung von Optionen führen. Im nächsten Block ging es um Erwerbs-subjekte als „Arbeitskraftunternehmer“ vor dem Hintergrund neuer Technologien. *Dr. Annette Henninger*, ZeS, deutete schon mit ihrem provokativen Titel „Der Arbeitskraftunternehmer und seine Frauen“ auf die Defizite auch in neueren erwerbssoziologischen Konzepten hin. Sie fragte, welche Frau(en) dem Arbeitskraftunternehmer zur Seite stehen und welche Effekte auf die familiäre Arbeitsteilung zu erwarten sind, wenn Frauen zu Arbeitskraftunternehmerinnen werden. Den Arbeits- und Lebensarrangements in der Internetbranche unter Vermarktlichungsdruck ging *Alexandra Manske*, M.A., TU Berlin, nach und machte Zusammenhänge zwischen den Zwängen des Marktes, Rationalisierungsdruck und Privatsphäre sichtbar. *Prof. Dr. Susanne Maaß*, Universität Bremen, wies am Beispiel „Selbstbedienung im Internet“ auf die geschlechtlichen Prägungen der Kommunikation hin. Die mangelnde gesellschaftliche Wertschätzung von Emotionsarbeit, so ihre These, setzt sich in der fehlenden technischen Unterstützung dieser Aufgaben fort. Die Diskussion wurde fortgesetzt mit zwei Vorträgen zu den Arbeitsbeziehungen im Callcenter. *Dr. Ursula Holtgrewe*, TU Chemnitz, kam in ihrer Untersuchung zu dem Ergebnis, Geschlecht sei weiterhin relevant, aber auf eine nicht völlig vorhersehbare Weise. Eine Offenheit in den Geschlechterverhältnissen stellte auch *Dr. Edelgard Kutzner*, Sozialforschungsstelle Dortmund, fest. Sie zeigte jedoch, dass die strukturellen Rahmenbedingungen und die mikropolitischen Prozesse auch in den neuen Organisationsformen des Callcenter als Determinanten der Geschlechterverhältnisse wirken.

Die beiden folgenden thematischen Blöcke umfassten professions- und organisationsbezogene Arbeiten. *Dr. Ellen Kuhlmann*, ZeS, konfrontierte aktuelle Entwicklungen im Gesundheitswesen mit dem (männlichen) Idealtypus der Professionstheorien. Während im sozialen Feld eine zunehmende Pluralisierung von Differenzierungslinien und Regulierungsmechanismen zu beobachten ist, sind die theoretischen Konzepte durch *einen* spezifischen Typus geprägt, der einen Gender Bias und kulturellen Bias aufweist. *Dr. Hildegard Theobald* betrachtete die Berufsfelder Unternehmensberatung und Altenpflege, die noch um Professionalisierung ringen. Sie konnte zeigen, wie geschlechterspezifische und so-

ziale Ungleichheiten in den Neudefinitionen des Zusammenspiels von Markt, Staat und Familie verstärkt werden. In den Beiträgen von *Christiane Schnell*, M.A. und *Dr. Sigrid Betzelt*, beide ZeS, ging es um die Kulturbereife. Schnell hob die Transformation der Professionalität und die Wandlungsprozesse in der Konstellation von Wissen, Markt und Macht hervor. Sie wies auf die Erklärungspotenziale dieser Entwicklungen in den Kulturbereifen für die professionssoziologische Theoriedebatte hin. Betzelt stellte die mangelnde Erfassung der Hybridität moderner Professionen als „blinden Fleck“ der Theorien heraus und wies anhand empirischer Befunde auf die mit der ökonomischen Dienstleistungsdynamik verbundenen Implikationen sozialer Ungleichheit hin. *Prof. Dr. Marianne Friese*, Universität Lüneburg, und *Barbara Thiessen*, M.A., Universität Bremen, diskutierten Möglichkeiten der Kompetenzentwicklung im personenbezogenen Dienstleistungsbereich. Für eine Professionalisierungsstrategie, so ihre These, sind das Zurückweisen von vermeintlichen Wesensmerkmalen von Frauen sowie eine Klärung der Bezüge zum Privaten evident.

„Unter welchen Bedingungen und in welchem Ausmaß sind Organisation überhaupt lernfähig“, fragte *Dr. Birgit Riegraf*, Universität Bielefeld, und stellte Vorschläge vor, wie die Debatte um Organisationslernen für die Geschlechterforschung fruchtbar gemacht werden kann. Weitere Beispiele für organisationsbezogene Ansätze lieferten *Dr. Hildegard Matthies*, Wissenschaftszentrum Berlin und *Dr. Sylvia Wilz*, Universität Bielefeld. Matthies analysierte geschlechterdifferente Karrieren im Wissenschaftssystem. Sie identifizierte eine „männliche Arbeitskultur“ als Merkmal der Wissenschaft, die jedoch in unterschiedlichen Instituten variabel ist und demzufolge einen Handlungsspielraum der Organisation offen legt. *Sylvia Wilz* betrachtete Prozesse der Personalauswahl und der Legitimation von Entscheidungen am Beispiel eines Versicherungsunternehmens. Diese Entscheidungen werden situativ inhaltlich gefüllt und sind kontextspezifisch variabel, so ihr Fazit, doch sie sind zugleich eingebunden in Machtverhältnisse. Mit ihrem Titel „Zwischen schöpferischer Zerstörung und organisationalem Lernen“ lenkte *PD Dr. Birgit Blättel-Mink* den Blick auf die Grenzen der Lernfähigkeiten hinsichtlich der Geschlechtergleichheit. Sie setzte Konzepte der Innovationsforschung in Bezug zu Organisationsansätzen und machte auf das Paradox der Geschlechterdebatte aufmerksam: Einerseits ist ein „Prozess des Vergessens“ und ein Entlarven des alltäglichen „gendering“, andererseits jedoch „ein ständiges Erinnern“ notwendig. Mit der Frage nach den „Irritationen, die Organisationen zu Veränderungen veranlassen“, wurde der Bogen zu der Eingangsfrage nach den Dynamiken und den Visionen gespannt.

Die Beiträge bestätigen zusammengenommen, dass Geschlecht nach wie vor relevant ist im Dienstleistungssektor und weder neue Technologien, Organisationsformen oder professionelle Leitbilder und Qualifikationsstrategien für sich genommen symmetrische Bezie-



hungen zwischen den Geschlechtern garantieren. In sehr unterschiedlichen Feldern des Dienstleistungssektors zeichnen sich jedoch übereinstimmend flexiblere Beziehungen und Öffnungsmomente für Frauen ab, die in ihren Ergebnissen gegenwärtig diffus und widersprüchlich scheinen. Die Diskussion zeigte, dass keiner der theoretischen Ansätze diese Entwicklungen zufriedenstellend erfassen kann, und machte spezifische „blinde Flecken“ sichtbar.

Der Vergleich verschiedener Theorieansätze und sozialer Felder erwies sich als weiterführender Ansatz in der Debatte um Dienstleistungsarbeit und Geschlecht. Hierdurch wurden vor allem zentrale Fragen offengelegt, die durch die Einführung von Geschlecht in die Debatten auf die Tagungsordnung kommen, aber insgesamt weit über Geschlechterfragen hinausweisen. Im nächsten Schritt sollen weniger die theoretischen Zugänge, sondern übergreifende Fragestellungen und Kategorien in den verschiedenen Beschäftigungsfeldern den Rahmen für die Diskussion spannen – wie z. B. soziale Sicherung, New Public Management, Globalisierung/ Neoliberalismus, Professionalität als Regulierung, Kunden-/Kundinnenorientierung, Arrangements zwischen Arbeits- und Lebenssphäre oder neue Formen/Definitionen der Kompetenzentwicklung/Qualifikation. Vorschläge für diese möglichen Themenkomplexe sowie für die Erweiterung der Betrachtungsperspektiven werden gegenwärtig noch ausgetauscht.

Für Januar 2004 ist eine weitere Tagung geplant, mit der die Diskussion fortgeführt werden soll. Alle Interessierten sind zur Zusammenarbeit eingeladen.

Die Ergebnisse des Workshops sind in einer gemeinsamen Buchpublikation *Geschlechterverhältnisse im Dienstleistungssektor* zusammengefasst, die von Ellen Kuhlmann und Sigrid Betzelt herausgegeben und im Sommer/Herbst 2003 im Nomos Verlag erscheinen wird.

Kontakt: Ellen Kuhlmann, Telefon: 0421/218-4404  
eMail: e.kuhlmann@zes.uni-bremen.de  
Sigrid Betzelt, Telefon: 0421/218-4357  
eMail: sbetzelt@zes.uni-bremen.de

## **Gesundheitspolitik und Alterssicherung – Gleiche Herausforderungen – gleiche Lösungen?**

*Sozialpolitisches Kolloquium der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin am 27./28. Januar 2003*

Das wissenschaftliche Programm dieser angesichts der gegenwärtigen Diskussionen höchst aktuellen Tagung wurde – wie schon in der Vergangenheit – von Prof. Dr. Winfried Schmähl vorbereitet. Damit wird eine Kooperation fortgesetzt, die bereits seit über eineinhalb Jahrzehnten besteht und zu einer Reihe von Veranstaltungen zu wichtigen Themen geführt und in entsprechenden Publikationen ihren Niederschlag gefunden hat.

Nach einem einleitenden Vortrag von Winfried Schmähl zu den vielfältigen Verknüpfungen zwischen Gesundheits-

system und Alterssicherung und zu den aktuellen Herausforderungen wurden drei Themenkomplexe aus wissenschaftlicher und praktischer Sicht erörtert:

- (1) Kapitalfundierung als Ansatz zur Bewältigung demographischer Herausforderungen. Hierzu referierten Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke (TU Berlin), Prof. Dr. Axel Börsch-Supan (Mannheim), Prof. Dr. Roland Eisen (Frankfurt/Main) sowie Dr. Ursula Engelen-Kefer (DGB) und Jürgen Husmann (BDA).
- (2) Prävention und Rehabilitation als Ansätze zur Dämpfung der Kostenentwicklung mit Referaten von Prof. Dr. Friedrich Wilhelm Schwartz (Medizinische Hochschule Hannover), Dr. Doris Pfeiffer (Verband der Angestellten Krankenkassen) sowie Dr. Herbert Rische, dem Präsidenten der Bundesversicherungsanstalt.
- (3) Entwicklung der Gentechnologie – eine Herausforderung für die soziale Sicherung? mit Referaten von Prof. Achim Wambach (Erlangen-Nürnberg), Dr. Achim Regenauer (Münchener Rück) und Andrea Fischer, der früheren Bundesgesundheitsministerin.

Das Thema dieser Tagung, das auf großes Interesse stieß, bot reichlich Raum für engagierte Diskussionen. Geplant ist eine baldige Veröffentlichung der Ergebnisse dieser sowohl aktuellen als auch grundsätzlichen Erörterungen.

Kontakt: Winfried Schmähl  
Telefon: 0421/218-4055  
eMail: schmaehl@zes.uni-bremen.de

## **Literatur**

- Schmähl, Winfried (Hg.), 1988: *Verkürzung oder Verlängerung der Erwerbsphase? Zur Gestaltung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand in der Bundesrepublik Deutschland*. Tübingen: Mohr.
- Schmähl, Winfried, 1988: *Frauen, Familie und Alterssicherung*. Schwerpunktheft *Angestelltenversicherung* 35.
- Schmähl, Winfried; Rische Herbert (Hg.), 1995: *Internationalisierung von Wirtschaft und Politik – Handlungsspielräume der nationalen Sozialpolitik*. Baden-Baden: Nomos.
- Schmähl, Winfried; Rische Herbert (Hg.), 1997: *Europäische Sozialpolitik*. Baden-Baden: Nomos.
- Schmähl, Winfried; Rische Herbert (Hg.), 1999: *Wandel der Arbeitswelt - Folgerungen für die Sozialpolitik*. Baden-Baden: Nomos.
- Schmähl, Winfried; Rische Herbert (Hg.), 2000: *Alterssicherung von Frauen*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

## Neue Mitarbeiter/innen

*Dr. Rainer Unger* hat zum Dezember 2002 seine Arbeit in der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung, Projekt „Zielvorstellungen in der Alterssicherung: Konkretisierung, Operationalisierung und Messung als Grundlagen für normative Aussagen“ aufgenommen.

In der Abteilung „Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates“ hat *Dipl.-Pol. Tanja Pritzlaff* zum Januar 2003 ihre Arbeit aufgenommen. Frau Pritzlaff beschäftigt sich mit dem Arbeitsbereich „Mikropolitologie des Sozialstaates und Sozialstaatsbegündungen“.

Ebenfalls seit Januar 2003 arbeitet *Paula Aleksandrowicz* M.A. in der Abteilung „Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates“. Frau Aleksandrowicz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in dem Projekt „Overcoming the Barriers and Seizing the Opportunities for Active Ageing Policies in Europe (ActivAge)“.

Zum Januar 2003 hat auch *Dipl.-Soz. Rolf Müller* die Arbeit aufgenommen. Herr Müller arbeitet in der Abteilung „Gesundheitspolitik, Arbeits- und Sozialmedizin“ in der Forschungseinheit „Gesundheitspolitik und Evaluation der medizinischen Versorgung“ und wird sich u. a. mit Versorgungsqualität im stationären Bereich beschäftigen.

Zum März 2003 ist *Ilse Linke*, Sekretariat der Abteilung „Geschlechterpolitik im Wohlfahrtsstaat“, in den Ruhestand gegangen. Ihre Nachfolgerin ist *Brigitte Farchmin*; sie wird als Fremdsprachenassistentin im Sekretariat der Abteilung arbeiten.

## Wechsel

*Dr. Ralf K. Himmelreicher* ist zum Januar 2003 zum Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR), Frankfurt, gewechselt.

*Dipl.-Soz. Olaf Jürgens* wechselt zum April 2003 an das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.

Bereits zum 1. November 2003 hat *Dr. Antonia Gohr* das Zentrum für Sozialpolitik verlassen. Ihre neues Arbeitsgebiet ist die International University Bremen.

---

Mit dem Wechsel von *Dr. Antonia Gohr* an die International University Bremen (IUB) wurde *Dr. Annette Henninger* zur neuen Frauenbeauftragten im Zentrum für Sozialpolitik gewählt. Ihre Stellvertreterin ist weiterhin *Dr. Irene Dingeldey*.

---

## Gäste

Vom 20. Januar bis 4. April 2003 ist *Herr Ferruccio Biolcati Rinaldi*, Università la Sapienza (Rom) als Gastdoktorand im ZeS tätig. Herr Biolcati Rinaldi arbeitet zum Thema „Poverty, Theory and Time: An Approach to Income Support Policy Evaluation“ und ist in Bremen speziell mit einer vergleichenden Studie zu Armut und sozialer Unterstützung/Sozialhilfe in Italien und Deutschland beschäftigt.

Kontakt: Wolfgang Voges, Telefon: 0421/218-4367  
eMail: wovo@zes.uni-bremen.de

Vom 15. Mai bis 15. Juli 2003 wird *Frau Theresa M. Thompson*, John Hopkins Universität, Baltimore, MD, USA, als Gastwissenschaftlerin im Zentrum für Sozialpolitik arbeiten. Frau Thompson beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Reformansätzen im amerikanischen und kanadischen Gesundheitswesen.

Kontakt: Uwe Helmert, Telefon: 0421/218-4378  
eMail: uhelmert@zes.uni-bremen.de

*Dr. Yun Tag Chung*, Ass. Prof. an der Chungnam National University in Korea wird von August 2003 bis August 2004 als Gastwissenschaftler an das ZeS kommen. Herr Yun Tag Chung arbeitet im Department of Social Welfare vorrangig zu Fragen von Globalisierung und deren Folgen auf die Sozialpolitik in europäischen und ostasiatischen Ländern.

Kontakt: Rainer Müller, Telefon: 0421/218-4377  
eMail: dkoch@zes.uni-bremen.de

## Ehrung

Im Oktober 2002 wurde *PD Dr. Wolfgang Voges* im Fachbereich Sozialwissenschaften (FB 8), Studiengang Soziologie, zum apl. Professor ernannt.

## Aus dem Vorstand

### Frauenförderplan verabschiedet

Bereits zum dritten Mal hat der Vorstand des Zentrums für Sozialpolitik eine Fortschreibung des Gleichstellungsplans (zuvor: Frauenförderplan) verabschiedet. Der Plan nimmt u. a. Stellung zu: Forschung und Lehre, zur Personalentwicklung und zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie; neu ist die Aufnahme von Maßnahmen zur Professionalisierung des Amtes der Frauenbeauftragten, z. B. durch die Bereitstellung von Sachmitteln oder Mitteln für studentische Hilfskräfte sowie kurzfristigen Vertragsverlängerungen als Ausgleich für durch die Gleichstellungsaufgaben entstandenen Zeitverlust für eigene wissenschaftliche Vorhaben.

## Veranstaltungen

### Geschlechterpolitik und Genderforschung – Arbeitskreis im ZeS

Im Wintersemester 2002/03 hat sich ein Arbeitskreis „Geschlechterpolitik und Genderforschung“ konstituiert. Die Initiative dazu ging von einer Frauen-Vollversammlung aus. Dieser Arbeitskreis soll ein gemeinsames Diskussionsforum für die Wissenschaftlerinnen aus unterschiedlichen Abteilungen im Zentrum für Sozialpolitik bieten und die Zusammenarbeit verbessern.

Thema des ersten Treffens war der gender bias im Wissenschaftssystem. Diskutiert wurden neuere Untersuchungen zu geschlechterspezifischen Bewertungsmaßstäben beispielsweise bei der Bewertung von Publikationen und der Vergabe von Drittmitteln. Die Studien weisen auf verborgene Selektionsprozesse hin, die zu ungleichen Karrierechancen und Nachteilen für Frauen führen. Entsprechende Daten liegen auch für die deutsche Soziologie vor<sup>1</sup>. Wie es aber zu dieser fortwährenden Reproduktion von Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern trotz der gleichstellungspolitischen Vereinbarungen kommt, ist nur wenig erforscht. Diese Fragen wurden in Bezug zu der Gleichstellungspolitik des ZeS und unserer eigenen Situation im Wissenschaftssystem diskutiert. Das zweite Treffen befasste sich mit organisationssoziologischen Studien und der Frage, wie die Organisation im Wissenschaftsfeld durch ihre spezifische arbeitsorganisatorische Strukturierung, Kommunikationsformen, Zeitstrukturen, und ähnliches an der Ausbildung von Ungleichheiten beteiligt ist und welche Veränderungsmöglichkeiten auf dieser Ebene zur Verfügung stehen. Diskutiert wurde auch, welche „Karrierewege“ im ZeS zur Verfügung stehen und welche individuellen Strategien und Karriereziele wir selbst verfolgen.

Die Diskussionen motivierten insgesamt zur Weiterarbeit. Auch für die nächsten Termine soll jeweils ein inhaltlicher Schwerpunkt und ein vorbereitender Text festgelegt werden, aber ebenso Raum für die Thematisierung eigener Erfahrungen und der Situation im ZeS bleiben. Im Sommersemester sind bisher zwei Diskussionstermine geplant. Für die nächste Sitzung wollen wir uns mit gleichstellungspolitischen Strategien und Erfahrungen in anderen europäischen/US-amerikanischen Wissenschaftssystemen befassen.

Alle interessierten Wissenschaftlerinnen sind herzlich eingeladen! Termine im Sommersemester 2003: Dienstag, 20.05., 13.15-14.45h, Dienstag, 17.06., 13.15-14.45h

Kontakt: Ellen Kuhlmann, Telefon: 0421/218-4404  
eMail: e.kuhlmann@zes.uni-bremen.de  
Annette Henninger, Telefon: 0421/218-4398  
eMail: a.henninger@zes.uni-bremen.de

<sup>1</sup> Allmendinger, Jutta; Hinz, Thomas, 2002: „Programmierte (Un-)Gleichheit? Geschlechtsspezifische Chancen bei der Bewilligung von Forschungsanträgen“, *Zeitschrift für Soziologie* 31, Heft 4: 275-293.

### Sozial- und Wirtschaftspolitik unter Rot-Grün

*Tagung des Zentrums für Sozialpolitik vom 28.-30. März 2003 in Bremen*

Die Krise der sozialen Sicherungssysteme ist in aller Munde und die Sozialpolitik der rot-grünen Bundesregierung seit 1998 ist ein in der Öffentlichkeit viel diskutiertes, in der (politikwissenschaftlichen) Forschung bislang jedoch unterbelichtet gebliebenes Thema. Die Parteien der Regierungskoalition hatten die Sozial- und Wirtschaftspolitik in der „Ära Kohl“ scharf kritisiert und in der Opposition zum Teil Gegenkonzepte entwickelt. Wie sah und sieht – nun, da sie in Regierungsverantwortung sind – ihre Sozial- und Wirtschaftspolitik aus? Hat auf den verschiedenen Politikfeldern ein Wandel stattgefunden oder herrscht eher Kontinuität? Macht es also einen Unterschied, welche Parteien regieren? Dies sind die zentralen Fragen, denen auf der Tagung nachgegangen werden soll.

Organisiert wird die Tagung von Dr. Antonia Gohr (International University Bremen) sowie PD Dr. Martin Seeleib-Kaiser (ZeS); die Fritz Thyssen Stiftung fördert die Tagung finanziell.

Kontakt: Martin Seeleib-Kaiser  
Telefon: 0421/218-4061  
eMail: mseeleib@zes-uni-bremen.de

### Beschäftigungsbündnisse – Neue Problemlösungspotenziale auf regionaler und europäischer Ebene

*Workshop des Zentrums für Sozialpolitik und des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Tübingen (Prof. Josef Schmid) in Zusammenarbeit mit der Hans Böckler Stiftung am 4./5. April 2003 in Bremen*

Regionale und kommunale Beschäftigungsbündnisse und -netzwerke werden oftmals als mögliche Lösungsansätze zur Bewältigung der Beschäftigungskrise gesehen. Insbesondere die Europäische Union verbindet gegenwärtig alle arbeitsmarkt- und strukturpolitischen Förderprogramme mit den Gedanken partnerschaftlicher und dezentraler Politikansätze. Mit dem Konzept „Territoriale Beschäftigungspakte“ hat sich dort ein neuer Ansatz regionaler Selbstorganisation herausgebildet.

Beschäftigungsbündnisse haben unterschiedliche Funktionen. Sie werden wirtschaftspolitisch als Reaktion auf die Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsmärkte formuliert. Gesellschaftspolitisch sind sie ein Versuch, dem Problem der sozialen Exklusion präventiv, partnerschaftlich und dezentral vorzubeugen sowie der Europäischen Union mehr soziale Legitimation zu geben. Integrationspolitisch sind sie eine Antwort auf das Subsidiaritätsprinzip und die Aufwertung der Regionen durch die letzten beiden Reformen des EU-Vertrags.

In dem Workshop sollen die verschiedenen Dimensionen von Beschäftigungsbündnissen aus Sicht von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen sowie Praktikern erörtert werden.

Eingeladen sind u.a. Prof. Erwin Seyfried (Berlin), Prof. Adalbert Evers und Team (Uni Gießen), Holger Strassheim (WZB), Dr. Reiner Aster (Beschäftigungsbündnis Berlin) sowie Godehard Neumann (Beschäftigungsbündnis Nürnberg).

Der Workshop dient auch dazu, die Ergebnisse des im Zentrum für Sozialpolitik durchgeführten Projekts „Territoriale Beschäftigungspakte – Erfolgchancen und institutionelle Rahmenbedingungen“ vorzustellen.

Kontakt: Martin Roggenkamp  
Telefon: 0421/218-4381  
eMail: m.roggenkamp@zes.uni-bremen.de

### **Primärversorgung im Gesundheitswesen – Vorbild Kuba, Stiefkind Deutschland? Gesundheit durch angepasste Technologie und kommunikatives Handeln**

*Workshop des Zentrums für Sozialpolitik und des Zentrums für Public Health in Zusammenarbeit mit der Abteilung „Allgemeinmedizin“ der Universität Düsseldorf am 9./10. Mai 2003 in Bremen*

Primärversorgung ist ein gesundheitspolitisches und praktisches Reform- und Entwicklungskonzept für das Gesundheitswesen, das den vorherrschenden Managerialismus und Qualitätsformalismus und Konsumismus durch das Primat kommunikativen Handelns der Helfenden und angepasste Technologie ersetzt. Von der Deklaration von Alma Ata der WHO, von kubanischen Realitäten, die mehr sind als Klinik unter Palmen, von europäischen Realitäten sozialstaatlicher Gesundheitssysteme und Public-Health-orientierter Versorgung handelt diese aktuelle Tagung.

Der Schwerpunkt am ersten Tag der Veranstaltung sind die Erfahrungen mit Modellen der Primärversorgung in Lateinamerika. Experten und Praktiker aus Kuba und Haiti werden hierzu berichten. Im Mittelpunkt des zweiten Tages steht die Diskussion des gesundheitspolitischen Konzepts der Primärversorgung. Das Thema ist auch für das deutsche Gesundheitswesen von herausragender und aktueller Bedeutung. Der Workshop richtet sich an einen breiten Interessentenkreis von im Gesundheitswesen Tätigen und an Gesundheitspolitik Interessierten sowie an Studierende der Gesundheitswissenschaften.

Kontakt: Prof. Dr. med. Dieter Borgers  
Telefon: 0251/25350 oder eMail: dieter@borgers.info  
Anmeldung bis 30.4.2003 unter:  
Fax: 0421/218-7540 oder eMail: dieter@borgers.info  
Uwe Helmert, Telefon: 0421/218-4378  
eMail: uhelmert@zes.uni-bremen.de

### **New Economy, Globalisation and Gender in Comparative Perspective – Theoretical Aspects, Methodological Questions and Empirical Results**

*Tagung des Hanse-Wissenschaftskollegs Delmenhorst in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Sozialpolitik am 27. bis 30. September 2003 in Delmenhorst*

Die Tagung wird vom (drittmittelfinanzierten) Forschungsnetzwerk „Globalisation, Gender and Work Transformation“ veranstaltet. Dem 1999 gegründete Netzwerk gehören Sozialwissenschaftlerinnen aus Deutschland, Großbritannien, USA und Japan an, die zur Entwicklung von Erwerbsstrukturen und Lebensformen im internationalen Vergleich sowie zur Wechselwirkung von nationaler und internationaler Gleichstellungspolitik arbeiten. Die Netzwerkkommunikation erfolgt über Workshops und einen BSCW Server.<sup>1</sup>

Das letzte Treffen fand im September 2002 am Centre for Social Sciences der Tokyo University in Japan (unterstützt vom japanischen Erziehungsministerium) statt. Dort wurden länderspezifische Ergebnisse zur Entwicklung der New Economy-Beschäftigung ausgetauscht. Der für September 2003 geplante Workshop am Hanse Wissenschaftskolleg soll der abschließenden vergleichenden Diskussion der Forschungsergebnisse, der Diskussion methodischer Probleme in der Komparatistik und der Frage nach Erklärungen für unterschiedliche Entwicklungsverläufe dienen.

Mit dem parallel im HWK tagenden „International Network on Gender and the State“ (Prof. Dr. Ulrike Liebert, Jean Monnet Center, Universität Bremen) ist ein Austausch geplant. Darüber hinaus werden Mitglieder beider Netzwerke auf einer öffentlichen Veranstaltung im Gästehaus der Universität Bremen Vorträge zum Thema „Globalisation in Gender Perspective: Threads or New Opportunities? Views from different Countries“ halten.

Eine entsprechende Publikation zu „Gender and the New Economy“ (bei Palgrave) ist in Vorbereitung.

Kontakt: Karin Gottschall  
Telefon: 0421/218-4402  
eMail: k.gottschall@zes.uni-bremen.de

<sup>1</sup> BSCW: Basic System for Cooperative Working, entwickelt vom Fraunhofer Institut in St. Augustin.

Zentrum für Sozialpolitik  
Prof. Dr. Gerd Glaeske  
Prof. Dr. Rainer Müller

Fachbereich Human- u.  
Gesundheitswissenschaften  
Prof. Dr. Annelie Keil

Zentrum für Public Health  
Prof. Dr. Stefan Görres

## **„Finanzierung und Umsetzung der Reform im Gesundheitswesen“**

*Gesundheitspolitisches Kolloquium  
Sommersemester 2003*

Die Eckpunkte für die Gesundheitsreform liegen vor, die Ausgestaltung eines Referentenentwurfs für ein „Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG)“ nimmt Formen an. Vieles soll sich verändern – alles dient aber dem Ziel, die Solidarität zu stärken, die Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung zu festigen und die Qualität und Effizienz unseres Gesundheitssystems zu verbessern. Dazu sind innovative Versorgungskonzepte, neue Kooperationen und Finanzierungsstrategien ebenso wichtig wie Transparenz und Qualitätssicherung in der Versorgung. Diese Themen bilden den Schwerpunkt unserer Veranstaltungsreihe mit Beiträgen aus Sicht der Ärzte und Apotheker, der Krankenkassen, Krankenhäuser und Patienten.

- |                           |   |
|---------------------------|---|
| <b>Mittwoch, 7.05.03</b>  | <b>Eckpunkte der Gesundheitsreform</b><br>Prof. G. Glaeske, Zentrum für Sozialpolitik, Abteilung Gesundheitspolitik, Arbeits- und Sozialmedizin, Universität Bremen   |
| <b>Mittwoch, 14.05.03</b> | <b>Neue Finanzierungskonzepte für die GKV – Welche Alternativen sind „lohnend“? (N.N.)</b>  |
| <b>Mittwoch, 21.05.03</b> | <b>Förderung der integrierten Versorgung in Bremen</b><br>Dr. M. Gruhl, Abteilungsleiter: Modelle im Gesundheitswesen der Senatorischen Behörde für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Bremen |
| <b>Mittwoch, 04.06.03</b> | <b>Krankenhäuser im DRG-Zeitalter</b><br>Dr. W. Paul, Arzt im Medizincontrolling des Zentralkrankenhauses Links der Weser, Bremen   |
| <b>Mittwoch, 11.06.03</b> | <b>Arzneimittelversorgung in der Zukunft: Sind die Apotheken die Verlierer?</b><br>H.-G. Wolf, Vorstandsvorsitzender des Landesapotheker Verbands Niedersachsen (LAV-Nds)                                   |
| <b>Mittwoch, 18.06.03</b> | <b>Gesundheitsreform aus ärztlicher Sicht: Was muss sich ändern?</b><br>Dr. M. Richter-Reichhelm, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV)  |
| <b>Mittwoch, 25.06.03</b> | <b>Patientenorientierung der Gesundheitsreform - ein Schlagwort?</b><br>H. Knittel, Geschäftsführerin der Deutschen Aids-Hilfe, Berlin  |
| <b>Mittwoch, 02.07.03</b> | <b>Reform des Gesundheitswesens: Was wollen die Kassen?</b><br>H. Rebscher, Vorstandsvorsitzender des Verbands der Angestellten-Krankenkassen (VdAK)  |

Die Veranstaltungen finden jeweils Mittwochs, 20.00 Uhr,  
im Barkhof, Parkallee 39, 28209 Bremen, 2. OG  
Raum 3260 und im EG Raum 1070 statt.

**ZeS-Arbeitspapiere 2002****Nr. 1/2002**

Fachinger, Uwe: Sparfähigkeit und Vorsorge gegenüber sozialen Risiken bei Selbständigen: Einige Informationen auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998.

**Nr. 2/2002**

Dingeldey, Irene: Koordination in der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung. Kritik und Erweiterung der Forschungsperspektiven.

**Nr. 3/2002**

Gindulis, Edith; Obinger, Herbert: Der Kampf um die Fristenlösung in der Schweiz. Ein Lehrstück konkordanzdemokratischer Überforderung.

**Nr. 4/2002**

Buhr, Petra: Ausstieg wohin? Erwerbssituation und finanzielle Lage nach dem Ende des Sozialhilfebezugs.

**Nr. 5/2002**

Gohr, Antonia: Grüne Sozialpolitik in den 80er Jahren – Eine Herausforderung für die SPD.

**Nr. 6/2002**

Schmähl, Winfried: Old-age Security in Bhutan – From lump-sum payments towards a pension scheme.

**Nr. 7/2002**

Tálos, Emmerich: Soziale Sicherung in Österreich: Zwischen Kontinuität und radikaler Neujustierung?

**Nr. 8/2002**

Schmid, Achim; Buhr, Petra: Aktive Klienten – Aktive Politik? (Wie) Lässt sich dauerhafte Unabhängigkeit von Sozialhilfe erreichen? Ein Literaturbericht.

**Nr. 9/2002**

Ostheim, Tobias; Zohnhöfer, Reimut: Europäisierung der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik? Der Einfluss des Luxemburg-Prozesses auf die deutsche Arbeitsmarktpolitik.

**Nr. 10/2002**

Betzelt, Sigrid: Soziale Sicherung „neuer“ Selbständiger: Reformperspektiven im Spiegel europäischer Nachbarstaaten.

**Nr. 11/2002**

Schmähl, Winfried: The „2001 Pension Reform“ in Germany – A Paradigm Shift and its Effects.

**Nr. 12/2002**

Seeleib-Kaiser, Martin: Betriebliche Sozialpolitik oder mehr Staat? Das Modell USA revisited.

**Nr. 13/2002**

Reuter, Silke: Frankreichs Wohlfahrtsstaatsregime im Wandel? Erwerbsintegration von Französisinnen und familienpolitische Reformen der 90er Jahre.

**ZeS-Arbeitspapiere 2003****Nr. 1/2003**

Fachinger, Uwe: Selbständige in der EU: Einige Anmerkungen zu den Problemen ihrer sozialen Absicherung.

**Nr. 2/2003**

Sommer, Jörg: The Open Method of Co-ordination: Some Remarks regarding old-age Security within an enlarged European Union.

**Nr. 3/2003**

Seeleib-Kaiser, Martin: Continuity or Change? Red-Green Social Policy after 16 Years of Christian-Democratic Rule.

**Nr. 4/2003**

Himmelreicher, Ralf K.; Viebrok, Holger: Die 'Riester-Rente' und einige Folgen für Alterseinkünfte. Befunde einer Simulationsstudie auf der Grundlage typischer Erwerbs- und Familienbiographien.

**Nr. 5/2003**

Rothgang, Heinz: Verfahren und Kriterien zur Konkretisierung des Leistungskatalogs in der Gesetzlichen Krankenversicherung.

**Jahresbericht 2002**

Im Mai erscheint der aktuelle Jahresbericht des Zentrums für Sozialpolitik für den Zeitraum Januar bis Dezember 2002. Der Jahresbericht gibt einen Überblick über laufende Forschungsvorhaben, und Veröffentlichungen, über Lehrveranstaltungen und Tagungen sowie weitere wissenschaftliche Aktivitäten von Mitgliedern des ZeS.

Eine umfangreiche Beschreibung der Entwicklungen und Perspektiven sozialpolitischer Forschung im ZeS und deren Einbindung in die nationale und internationale sozialpolitische Forschung und Praxis bietet der im letzten Jahr herausgekommene Tätigkeitsbericht des Zentrums für Sozialpolitik für den Zeitraum 1999 bis 2001. Beide Berichte können bei der Geschäftsstelle des Zentrums für Sozialpolitik, Barkhof, Parkallee 39, 28209 Bremen oder über eMail: [rosose@zes.uni-bremen.de](mailto:rosose@zes.uni-bremen.de) anfordern werden.

Zentrum für Sozialpolitik, 2003: *Jahresbericht 2002*. Bremen: Universität Bremen.

Zentrum für Sozialpolitik, 2002: *Tätigkeitsbericht 1999 bis 2001*. Bremen: Universität Bremen.

## Neuerscheinungen

Braun, Bernard; Müller, Rolf, 2003: *Vergütungsspezifische Unterschiede in der Versorgungsqualität im stationären Bereich – Ergebnisse einer PatientInnenbefragung und einer Routinedatenanalyse*. St. Augustin: Academia.

Glaeske, Gerd; Dierks, Christian (Hg.), 2002: *Off-Label-Use nach dem BSG-Urteil*. München: Wolf & Sohn.

Glaeske, Gerd; Jahnsen, Katrin, 2002: *GEK-Arzneimittelreport 2002 – Auswertungsergebnisse der GEK-Arzneimitteldaten aus den Jahren 2000 bis 2001*, Bd. 23. St. Augustin: Asgard.

Kuhlmann, Ellen; Kollek, Regine (Hg.), 2002: *Konfiguration des Menschen. Biowissenschaften als Arena der Geschlechterpolitik*. Opladen: Leske + Budrich.

Matthies, Hildegard; Kuhlmann, Ellen; Oppen, Maria; Simon, Dagmar, 2001: *Karrieren und Barrieren in Wissenschaftsbetrieb. Geschlechterdifferente Teilhabechancen in außeruniversitären Forschungsinstituten*. Berlin: edition sigma.

Niehoff, Jens-Uwe; Braun, Bernard, 2003: *Handwörterbuch Sozialmedizin und Public Health*. Baden-Baden: Nomos.

Das Handwörterbuch Sozialmedizin und Public Health bringt problemorientiert 500 Stichworte auf den Punkt, enthält Schlüsselbegriffe der

Epidemiologie, Demografie, Medizinsoziologie, Gesundheitsökonomie, Gesundheitssystemwissenschaften und des Sozialrechts und setzt die Erfahrungen in Deutschland in Relation zu denen in anderen Gesundheitssystemen, vor allem des britischen und des US-amerikanischen.

Die Neuerscheinung stellt einen wichtigen Teil des Wissensstandards der Sozialmedizin und von Public Health in einer bisher so nicht verfügbaren Breite und Tiefe dar. Die Erläuterung der Fachwörter bezieht sich kommentierend auf die aktuellen gesundheitspolitischen Entwicklungen. Geschichtliche und international vergleichende Bezüge verdeutlichen, dass der Umgang mit der Gesundheit auch Teil nationaler sozialer und kultureller Entwicklungen ist und ohne deren Kenntnis nicht verstanden werden kann. Dabei werden die Zusammenhänge und Hintergründe der längerfristigen Auseinandersetzungen um eine Transformation des deutschen Gesundheitssystems offen gelegt. Hier legen die Autoren die im Gesundheitswesen weit verbreiteten politisch interessengeleiteten Deutungen wissenschaftlicher Tatbestände offen und scheuen den Konflikt mit ihnen nicht.

Fachbegriffe unterschiedlichster Disziplinen werden für den theoretisch wie praktisch interessierten Leser in übersichtlicher, handlicher Form, und in verständlicher Sprache erklärt.

Das Nachschlagewerk eignet sich für die „Grundausrüstung“ von Studenten und Studentinnen der Medizin, der Öffentlichen Gesundheitswissenschaften (Public Health), der Pflegewissenschaften und des Gesundheits- und Sozialmanagements ebenso wie für Studierende des Managements der Institutionen der Gesundheitssicherung und Gesundheitsversorgung. Aus- und Weiterbildung in Sozialmedizin, Public Health, im Gesundheits- und Sozial- sowie Health Care Management werden von diesem Handwörterbuch profitieren.

Nullmeier, Frank; Saretzki, Thomas (Hg.), 2002: *Jenseits des Regierungsalltags. Strategiefähigkeit politischer Parteien*. Frankfurt/New York: Campus.

Politik erstickt heute im Alltag des Regierens. Mediale gut inszeniert, bleibt sie ohne erkennbare Perspektive. Können Regierungen überhaupt noch Politik gestalten? Sind Parteien

über taktische Spiele hinaus noch fähig, Strategien zu entwickeln und durchzusetzen? Parteivorsitzende und Parteimanager, Staatsminister und Politikberater, Journalisten und Politikwissenschaftler streiten in diesem Band über die Zukunftsperspektiven der deutschen Parteien.

Ritter, Wolfgang, 2003: *Betriebliches Gesundheitsmanagement 'erlernen' durch Leitfäden? Organisationstheoretische und betriebpraktische Anforderungsdimensionen an Verfahrenswege im betrieblichen Gesundheitsmanagement*. Schriftenreihe Gesundheit – Arbeit – Medizin. Bremerhaven: Wirtschaftsverlag NW.

### Bibliothek im Barkhof

Die Bibliothek im Barkhof ist eine gemeinsame Einrichtung des Zentrums für Sozialpolitik und des Instituts Arbeit und Wirtschaft (IAW). Der Buchbestand umfasst ca. 32.000 Bände und 150 Zeitschriften zu den Themengebieten Sozialpolitik, Wirtschaftswissenschaften, Wohlfahrtsstaat, Geschlechterpolitik, Gesundheitspolitik, Migrationspolitik, Transformationsprozesse in Osteuropa, soziale Sicherung, Rentenversicherung, Erwachsenenbildung, Stadtsoziologie, Verkehrspolitik, Wohnungspolitik, Städtebaupolitik, Stadtentwicklung/Regionalpolitik, Kommunalpolitik. Die Bibliothek steht nicht nur den Mitgliedern der beteiligten Institute und der Universität zur Verfügung, sondern ebenso der Öffentlichkeit.

#### Öffnungszeiten

Mo - Do 9.30 - 13 Uhr und 14 - 17 Uhr  
Fr 9.30 - 13 Uhr

Telefon: 0421/218-4365

eMail: zes\_bib@zes.uni-bremen.de



**Jour-fixe-Reihe**  
**Sommersemester 2003**

**ZeS**

Zentrum für Sozialpolitik

Barkhof  
Parkallee 39  
28209 Bremen

Telefon: 0421/218-4362  
eMail: srose@zes.uni-bremen.de  
www.zes.uni-bremen.de

## Sozialpolitisches Kolloquium

Mittwoch, 21. Mai 2003, 15 Uhr c.t.

*PD Dr. Wolfgang Voges*, Universität Bremen,  
Zentrum für Sozialpolitik

Rentenlaufzeiten und Sterblichkeitsrisiko

Mittwoch, 04. Juni 2003, 15 Uhr c.t.

*Marlene Schubert*, Universität Bremen, Zentrum  
für Sozialpolitik

Reformen der Alterssicherung in Mittel- und  
Osteuropa – Der Einfluss internationaler Orga-  
nisationen im Vergleich

Mittwoch, 18. Juni 2003, 15 Uhr c.t.

*Christiane Schnell*, Universität Bremen, Zentrum  
für Sozialpolitik

Regulationsmodell Kultur – Zur „institutionali-  
sierten Eigenverantwortlichkeit“ im Feld der  
Kulturarbeit

Mittwoch, 25. Juni 2003, 15 Uhr c.t.

*Theresa M. Thompson*, John Hopkins Universi-  
tät, Baltimore, MD, USA, z. Zt. Gastwissen-  
schaftlerin im Zentrum für Sozialpolitik

Comparing Social Policy Goals in the Health  
Care Systems in Canada, U.S. and Germany

**Ort: Barkhof, Parkallee 39, 28209 Bremen, 2. OG., Raum 3260**

**Kontakt:**

Zentrum für Sozialpolitik, Geschäftsstelle  
Telefon: 0421/218-4362  
eMail: srose@zes.uni-bremen.de